DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Dr. Wolfgang Wodarg ⊙ Seiten 3 und Milena Preradovic ⊙ Seiten 12 und 13 im INTERVIEW

Fotos: Sandjaja/DW (l.) und Katja Palle

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 152, Samstag, 28. Oktober 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine



Stärker als der Tod

DIE ÜBERWINDUNG: Gemälde der Auferstehung Christi von Noël Coypel, circa 1700, Öl auf Leinwand, 255x350 cm, derzeit im Museum der schönen Künste in Rennes, Frankreich. Foto: Noël Coryon

Was hält den Papst, den Patriarchen von Konstantinopel und die evangelische Glaubensführerin Margot Käßmann eigentlich davon ab, gemeinsam die Friedensbotschaft Jesu mit einem gigantischen Pilgerzug zum Schutz der heiligen Stätten zu verbreiten? Und haben diese Gründe irgendetwas mit dem Glauben zu tun?

Wir Europäer (w/m) sind nicht nur Internet-Junkies und promiske Konsum-Freaks; es gibt noch Menschen unter uns, die eine tiefere Verbindung zum Leben auf der Erde und dem Menschen als solchen haben. Die christliche Friedenswallfahrt soll schon hier in Europa beginnen. Zugleich machen sich Demokraten, Juden, Christen, Atheisten und viele weitere ernsthafte Gedanken, wie echter, Judenhass einerseits und überschießende Islamophobie andererseits verhindert oder zumindest gemildert werden können. Denn angesichts der Vorgänge im Nahostkonflikt wird allerorten mit dem nächsten Bekenntniszwang hantiert. Sind die zwei altbekannten militärischen Blöcke (»der Westen«, »der Osten«) das Ziel, um in der Folge die Südhalbkugel neokolonial aufzuteilen und eine Art Weltregierung einzusetzen? Nein, danke!

FRIEDENSWALLFAHRT DER CHRISTEN

Warum dies alles und warum der die Welt erschütternde Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung? Eine durchdrehende und motorisierte Mörderbande von rund 1.000 bewaffneten Kämpfern überwindet am Morgen des 7. Oktober 2023 auf über 90 Kilometer breiter Front völlig unvorbereitet die massive israelische Grenzbefestigung, verstümmelt und tötet Hunderte, ja Tausende Menschen – am Essenstisch, beim Tanzfest – und verschleppt Unschuldige (Zivilisten) vor laufender Digitalkamera.

Als Reaktion darauf müssen Millionen Individuen ihr Zuhause in Nordgaza verlassen. Ihre Stadtviertel werden zerbombt und wiederum Tausende sterben. Doch unfassbar asoziale Vorgänge dieser Art laufen seit Jahrzehnten ab, der Konflikt ist einer von leider mehreren weltweit, er ist nicht neu und verwickelt.

Aber Jesus ist stärker als der Tod!

⊙ Weiter auf Seite 14

INHALT #DW152

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 152. Ausgabe ab Samstag, 28. Oktober 2023. | Redaktionsschluss war am 26. Oktober. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Chris Stein, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64

ZUM TOD VON GUNNAR KAISER

von Anselm Lenz (Transkript einer Videoansprache)



Mein lieber Gunnar,

ich habe von Dir schon Abschied genommen und das in einer sehr konkreten Form mit einem Versprechen verbunden, mit allem – so denke ich – das unserem Verhältnis entspricht, welches sowohl professionell als auch freundschaftlich als auch von einer echten Zugewandtheit geprägt war.

In einem Moment, in dem alle Philosophen, alle Freundinnen und Freunde der Weisheit und der Wahrheit vollkommen versagten, warst Du jemand, mit dem ich mich auseinandersetzen konnte und tue das auch immer noch.

Und dieses Versprechen gilt: Wir, das heißt mein Mitstreiter Hendrik Sodenkamp, unser Team, ich und viele weitere werden nicht vergessen, was Du gemacht hast. Du hinterlässt etwas, was Philosophen in den besseren Fällen tatsächlich hinterlassen: ein Werk. Und das überlebt Dich. In diesem Sinne gehen wir voran und machen weiter.

Ich bin fest davon überzeugt, dass das Regime Dich ermordet hat. Auf die eine oder auf die andere Art, denn Du wurdest in einem Moment krank, in dem in die neue Friedens- und Demokratiebewegung, die es seit März 2020 gibt, Personen und Kräfte geschoben wurden, die sich wiederum daran machten, alles zu zersetzen, die losgingen auf die Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung, auf die Aktivposten, auf die, die wirklich auf der Straße zu sehen sind, die dort sprechen, so wie auch wir beide bei der großartigen Demonstration in Kassel 2021 und an vielen anderen Orten, die solche feinen Diskussionsformate wie *Kaiser & Lenz* zusammen machen, bei apolut.net oder *Deutschland diskutiert,* jeweils mit dem großartigen Jens Lehrich.

Du bist wahrlich nicht alleine, dort wo Du jetzt bist. Wir sind – noch – hier und dennoch an Deiner Seite.

DAS HAT MAL WIRKLICH FORMAT

Auch wenn wir uns politisch, ökonomisch, in manchen Dingen auch sozial und kulturell, nicht in allem einig waren und sind: Das hatte mal echt Format, was Du geleistet hast ab März 2020. Da hat sich die Spreu vom Weizen getrennt. Ich will jetzt keine Namen nennen, wer da alles aus meinem Spektrum herausgefallen ist, aus meiner Sicht, für mein Leben als Leser und als Schreibender. Also Säulenheilige der Gegenwart, die vollendet versagt haben und bis heute auch nicht mehr zu hören und zu sehen sind. Andere, die herumlavierten und sich jetzt endlos in Parteigründungen ergehen: Du warst und bist da. Für ein humanistisches Deutschland, für einen echten Wahrheitsbegriff, für echte Philosophie. Und für die Freiheit. Und die Freiheit hat eben unterschiedliche Interpretations-, Auslegungs- und auch Umsetzungsmöglichkeiten, aber eben immer unter der Prämisse eines Humanismus, also eines Menschenzentrierten Weltbildes, das das Individuum nicht verhackstückt oder ausschließlich zur Gruppenidentität herabsinken lässt. Und das werde ich nicht vergessen. Das ist Kern Deines Werkes neben noch vielen weiteren Implikationen dieses, Deines Werkes. Wie gesagt, habe ich persönlich bereits Abschied genommen, noch zu Lebzeiten. Was mich noch hier hält, sind meine Kinder. Du bist krank geworden und dann sukzessive verschwunden mit noch einigen schönen Botschaften, in einem Moment, in dem klar wurde, wie unsagbar das geistige Niveau dieser Gesellschaft herabgesunken ist. Und das meine ich links, mittig, rechts – das hat damit nichts zu tun.

Ich nenne einmal das Stichwort »Covidioten«, die Segregation, diese endlose Lügerei, diese Gewalt – auch gegen Dich –, diese Folter, die wir nicht mehr für möglich gehalten haben im Deutschland und Europa der Gegenwart, diese unfassbare Hybris des Staates, der Konzerne, der Leute, die sich da dummdreist in *Talkshows* setzen. YouTube, dieser ganze *Online*-Zinnober, ist ein Medium, das wir, Menschen wie Du und ich, im Grunde verachten. Und doch hast Du es geschafft, dort eine gewisse Würde einziehen zu lassen, Würdigkeit, und einen echten Begriff von Menschenwürde zumindest aufscheinen zu lassen. Ich habe jetzt einiges gesagt, und das meine ich auch wirklich. Es gibt noch so viel mehr dazu zu sagen.

Ich bedanke mich für fünf Folgen *Kaiser & Lenz* bei apolut.net, für eine Folge *Deutschland diskutiert,* für *Fairtalk,* für Originalbeiträge für die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand,* für Dein schönes Büchlein *Wie konnte es nur so weit kommen* bei Sodenkamp & Lenz und viele weitere Deiner Werke. Das ist erst einmal das, was materiell bleibt.

Was aber im Grunde viel wertvoller ist, ist diese Zeit der ersten Monate und Jahre des Corona-Lügen- und Putschregimes, verbunden mit dieser maßlosen Kriegstreiberei sowohl gegen das eigene Volk als auch nach außen hin.

Wir führen den Kampf weiter. Wir werden nicht weichen. Und wir werden eben als Lebende weiterkämpfen; solange wir leben. Wir werden niemals und unter keinen Umständen diesen Ausnahmezustand akzeptieren. Das gesamte Ding wird vollständig aufgeklärt, ausgerollt und beseitigt werden und dann brechen wir in eine freie und demokratische und soziale Zukunft auf, mit einem vernünftigen Bildungsbegriff. Und das wird leider eine Menge Arbeit werden über viele Generationen hin.

Diese Disruption, die dort geschehen ist, diese Verwüstung, die diese Menschen angerichtet haben, hat Dich ermordet. Diese Leute haben Dich umgebracht und wir werden Dich rächen.

Du wirst der Kaiser meiner Seele sein. Gunnar, auf Dich.

Unterwegs sein

EINWURF von Werner Köhne

Spazierengehen, einfach nur spazierengehen: So lautete die aus der Not geborene Alternative, als vor drei Jahren das Demonstrieren für Recht und Freiheit extrem eingeschränkt wurde und die Hatz auf Demokraten in *Dead End Streets* mündete, wo dann noch mal auf alles, was sich bewegte, gedroschen wurde.

Spazierengehen: Etwas Harmloseres konnte man sich doch gar nicht denken, um der Gewalt zu entgehen. Doch in mir löste diese Art trägen Dahinschreitens – denke ich an meine Kindheit zurück – eher ambivalente Gefühle aus. Spazierengehen und dann auch noch an der Hand der Eltern, das entsprach nicht dem Bewegungsdrang des Kindes. Anders verhielt es sich mit dem Gehen, das das heranwachsende Kind als einen existenziellen Vollzug seiner ersten wilden Gedanken begriff – fast im Sinne des Autors Thomas Bernhard.

Geschichtlich wirksam gestaltete sich dann das Wandern – der früher gängigsten und deutschesten aller Formen des Unterwegssein, einst mit Wurstbutterbroten und Liedern aus alter Zeit rund gemacht. Heute wird das Wandern nur noch im Rahmen von betreutem Leben aktualisiert und exklusiv auf den Jakobsweg bezogen – mit dem Ziel der Selbstfindung, dem aber widerspricht, dass zu viel an Erleuchtungsobsession mit in das Projekt einfließt.

Lang scheint's her. Wie auch das Unterwegssein des Flaneurs, der – so sieht es Walther Benjamin – durch die gläsernen *Malls* des Kapitalismus lustwandelt und dort in tiefste Reflexionen zu Ware und Wahrheit versinkt. Im Gegensatz zum *Shopper*, der die naive Lust am Kaufen mit dem ideologisch begründeten Genuss eines Latte Macchiato verbindet.

Schließlich liefert uns auch das Netz eine Form des Unterwegs sein – allerdings ohne eine analoge Raumerfahrung – wobei nervöse Finger die frühere Beinarbeit übernommen haben. Vielleicht die Revolution der späten Moderne!

Die Eroberung des öffentlichen Raums aber bleibt auch heute am besten mit dem guten alten Demonstrieren verbunden. Denn dieses mit anderen geteilte Unterwegssein lebt aus der Mitte der Idee der Res publica und dem darin verbürgten Rechts auf Widerstand. Es ist wohl dies der Grund, dass die ruchlosen Neuordner unserer Welt dieses Recht außer Kraft setzen wollen. Die Zielsetzung scheint dabei klar: Wir sollen zu bewegungsunfähigen Sesselbewohnern eingefriedet werden.



INSTITUTIONELLE KORRUPTION

Fortsetzung des Interviews aus DW-Ausgabe 150 mit Dr. Wolfgang Wodarg, dem Aufklärer, Gesundheitsexperten und ehemaligen Vorstand von Amnesty International

Von Hendrik Sodenkamp

Dr. Wolfgang Wodarg warnte bereits Anfang 2020 davor, angesichts von Corona in Panik zu verfallen, wofür er verleumdet wurde. Die Wirklichkeit gab seiner Analyse in sämtlichen Punkten Recht. Foto: Sandjaja/DW.

DW: Wie schafft man es, weltweit koordinierte Coronamaßnahmen in sehr unterschiedlichen und teils verfeindeten Staaten wie Kuba, den USA, China, Russland, Israel, der Türkei oder Deutschland durchzuziehen?

Wolfgang Wodarg: Seit die Vertreter der WHO im Untersuchungsausschuss des Europarats im Zusammenhang mit der Schweinegrippe meine Kontrahenten waren, verfolge ich diese Organisation genauer. So kannte ich auch das *Team* von Gro Harlem Brundtland, dass für die Vorbereitung auf sogenannte Pandemien verantwortlich war. 2019 hatte Frau Brundtland einen Bericht veröffentlicht, der den Titel »A world at risk« trug und in dem die Gefahr einer Pandemie ausgemalt und Angst gemacht wurde. Die Warnung, dass eine Pandemie kurz bevorstehe, hörte sich für mich ähnlich an wie das, was ich im Zusammenhang mit der Schweinegrippe erlebt hatte. Ich dachte nur: Bitte nicht schon wieder.

DW: Und kurz darauf kam Corona.

W.W.: Es waren dieselben Begriffe, dieselben Vorwände und dieselben Leute, die bereits bei der fälschlich ausgerufenen Schweinegrippe als inszenierende Regisseure dabei waren: Anthony Fauci, Ilona Kickbusch, Gro Harlem Brundtland, Christopher Elias von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung und Jeremy Farrar vom Wellcome Trust. Was mich jedoch erstaunte, war, dass die WHO trotzdem noch einen so großen Einfluss hatte und dass so viele Länder auf der Welt mitmachten.

DW: Wie erklären Sie sich den umfangreichen Einfluss der Weltgesundheitsorganisation?

W.W.: Ich gehe davon aus, dass das mit Vorbereitungen im Weltwirtschaftsforum (WEF) zu tun hat, dessen wahre Bedeutung mir erst im März 2020 bewusst wurde. Bei Leuten wie dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau, dem damaligen österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz, dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron oder der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel klappte die Durchsetzung der WHO-Linie besonders gut. Also bei Leuten, die eine besonders enge Beziehung zum WEF hatten. Es wurde 2020 zunehmend öffentlich, was in den Jahren zuvor mit dem *Young-Global-Leader*-Programm (dt.: Programm für junge Weltenlenker) des WEF geschehen war. Man sah die dort entstandenen Netzwerke und Vorbereitungen immer deutlicher. Deshalb konzentrierte ich mich im Jahr 2020 zunehmend darauf, was ich schon bei Transparency International getan hatte: die Aufklärung institutioneller Korruption.

DW: Was sind Ihre Erkenntnisse?

W.W.: Mir wurde klar, dass die Wirtschaft etwas gelernt hatte. Bei der Einflussnahme, um ihre eigenen Interessen durchzubringen, versucht sie möglichst hoch in der Hierarchie anzusetzen. Denn dort ist die Lobbyarbeit viel kostengünstiger und effektiver, als projektbezogen und in der Breite zu bestechen. Der WEF war darin sehr geschickt. Die Spitzen der Staaten wurden mit Leuten aus dem eigenen Netzwerk besetzt und auch die Medien konnte man offenbar in ähnlicher Weise für fremde Interessen korrumpieren. Jungen Journalisten werden Zukunftsperspektiven versprochen, wenn sie sich konform verhalten und die Kampagne unterstützen. Mit Entsetzen denke ich deshalb an Presseorgane mit hohem Anspruch wie zum Beispiel *Correctiv* oder die *taz*, die ich früher sogar mit Spenden unterstützt hatte und bei denen ich feststellen musste, dass sie ein Teil des Komplottes sind und ihr Fähnchen nach dem Wind aus Davos hängen. Mir wurde schmerzhaft immer deutlicher, dass die Sache lange vorbereitet worden war.

DW: Wie betrachten Sie nun den Vorgang, dass weitreichende nationale Befugnisse an die WHO abgetreten werden sollen?

W.W.: Hierbei gibt es ja eine zweigleisige Vorgehensweise: Man versucht einerseits Änderungen am Pandemievertrag und andererseits an den Internationalen Gesundheitsvorschriften durchzusetzen. Was viele jedoch nicht bemerken, dass parallel zu diesen beiden Vorgängen eine weitere Kampagne vorbereitet wird, um die Kontrolle noch weiter zu verstärken. Diese läuft unter dem Titel *One Health*. Dieser von der WHO gewählte Ansatz bedeutet, dass sämtliche Lebensbereiche unter den Aspekt Gesundheit gestellt werden. Nahezu alles hätte danach mit Gesundheit zu tun, seien es Lebensmittel, die Landwirtschaft, das Klima oder die »Umwelt«. Durch diese umfassende Zuständigkeit für gesundheitsrelevante Regelungen kann auch die Europäische Kommission als willfährige Partnerin instrumentalisiert werden, um zum Beispiel über das Lebensmittelrecht unser Leben und unsere Freiheiten zu kontrollieren und auch um neue gesundheitliche Risiken zu definieren.

DW: Wie sähe so etwas aus?

W.W.: Beispielsweise könnte diese dann durch den Einsatz von Massentestungen in landwirtschaftlichen Betrieben die Keulung ganzer Tierbeständen veranlassen, weil dort vermeintlich eine Seuche vorläge, oder durch unerfüllbare Normen Teile der landwirtschaftlichen Produktion blockieren oder beeinflussen. Der Hebel des *One-Health*-Ansatzes, die zentrale Verfügung über Lebensgrundlagen wie die Ernährung, ist bei der Europäischen Kommission schlicht in unsicheren Händen, denn dieses Gremium ist wie die WHO stark von Lobby- und Wirtschaftsinteressen beeinflusst. So hat die jetzige Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, bekanntlich ihre Macht nicht einer echten demokratischen Auslese zu verdanken, vielmehr wurde sie offenbar auf diesen Posten gesetzt, weil sie von den Lobbyisten der Privatwirtschaft als leicht beeinflussbar eingeschätzt wird.

DW: Weltgesundheitsorganisation: Das klang mal nach Weite, Fortschritt und Zivilisation.

W.W.: Die WHO ist mittlerweile überwiegend das Instrument von Sponsoren, die sie für ihre privaten Geld- oder Machtinteressen nutzen. Sie ist ein Instrument, mit dem Konzerne ihre Märkte erschließen oder neu schaffen. Hier geht es nicht um Gesundheit, sondern um milliardenschwere wirtschaftliche Interessen.

DW: Inwiefern erschließt die WHO den Markt?

W.W.: Sie legt Normwerte fest. So senkte die WHO beispielsweise die Grenzwerte für die Gefährlichkeit von Cholesterin. Dadurch wurde eine Steigerung des vermeintlichen Bedarfs nach einer medikamentösen Behandlung um über 80 Prozent erreicht. Ändert man die Normwerte, hat die Pharmaindustrie also mit einem Schlag einen riesigen Markt. Ebenso verfuhr man bekanntlich mit der Definition von Pandemien. Mit der Macht Definitionen und Grenzwerte festzulegen, lassen sich leicht Steuergelder mobilisieren, denn die Staaten können so unter Druck gesetzt werden, dass sie etwas für ihre Bevölkerung tun müssten: Dabei geht es zum Beispiel um medizinische Vorbereitungsmaßnahmen oder um Gelder für die Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten. Auch die *Young Global Leader* in vielen Regierungen und die EU-Kommission spielen dabei mit. So bestellte Ursula von der Leyen für Milliarden Euro unnötige Coronaspritzen. Diese Zentralisierung von Macht, macht es der Korruption natürlich viel einfacher, als wenn jedes einzelne Land abgeklappert werden muss. – Es gibt aber noch ein weiteres Beispiel für die Macht der Definitionen.

DW: Die da wäre?

W.W.: Das Phänomen *Long-Covid* wurde öffentlich erst ausgebreitet, als es mit den Spritzen bereits losgegangen war. Dabei sollte vor einer solchen Diagnose eine Differentialdiagnose stattfinden, um genauer herauszufinden, ob diese Symptome von einer Corona-Erkrankung oder von der Impfung hervorgerufen werden. Der Pathologe Arne Burkhardt hat in dieser Richtung gearbeitet.

Weiterlesen auf Seite 4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.609
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.257
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.872	95.123
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.773
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	82.183
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.699
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.001
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	77.478
Sep.	71.022	74.243	77.931	75.052	75.441
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	749.193

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Fortsetzung von Seite 3 | Von Hendrik Sodenkamp

Es gibt inzwischen auch Antikörpertests, mit denen man prüfen kann, ob nur Antikörper gegen die Spike-Proteine nach RNA-Spritzen oder auch Antikörper gegen Virusbestandteile vorliegen, wie sie nach einer echten Viruserkrankung zu erwarten wäre. Nur wenn beide Typen von Antikörper vorliegen, könnte die Reaktion des Körpers von einer Erkrankung herrühren. Wenn jedoch nur Antikörper gegen die Spike-Proteine im Körper zu finden sind, hat es keine Erkrankung gegeben, sondern die Reaktion rührt von den Spritzen her. Diese Differentialdiagnose wird bei den vermeintlichen *Long-Covid*-Patienten nur selten gemacht, vielmehr bekommen die Leute, die diese Differentialdiagnose auf eigene Initiative lassen, überall im Medizinbetrieb Schwierigkeiten. Und hier kommt erneut die Weltgesundheitsorganisation ins Spiel, die für *Long Covid* eigene weitreichende ICD-Codes eingeführt hat, die es erleichtern, fragliche Symptome als *Long-Covid* oder *Post-Covid* abzurechnen. Auf diese Weise werden die fatalen Folgen der Impfung versteckt.

DW: Mit welchem Mittel machen Sie die weite Verbreitung von Impfwirkungen aus?
W.W.: Während man im Jahr 2020 trotz angeblicher Pandemie noch keine Übersterblichkeit feststellen konnte, sondern nur lokale Auffälligkeiten, die man mit anderen Gründen als der vermeintlichen Gefährlichkeit eines Coronavirus gut erklären konnte, kamen dann 2021 die Spritzen. Auf den Seiten des Robert-Koch-Institutes konnte man schnell nachlesen, dass die Notfalleinsätze zunahmen. Wichtig war dabei, dass diese in Kategorien aufgeschlüsselt waren: in respiratorische, kardiologische und neurologische Notfallerkrankungen. Bei den respiratorischen Erkrankungen, also Erkrankungen der Atemwege, worunter Corona gefallen wäre, war nichts Besonderes zu sehen. Mit dem Beginn des verbreiteten Spritzens im Juni 2021 stiegen jedoch neurologische und Herz- Kreislauf-Erkrankungen an, die von Notfallmedizinern versorgt werden mussten. Diese Erkrankungen stiegen parallel mit der sogenannten Durchimpfung an. Für mich war das ein deutliches Alarmsignal für eine Zunahme von den zu erwartenden Nebenwirkungen in Gefäßwänden und gentechnisch veränderten Geweben. Dennoch gab es keine systematische Beobachtung dieser Wirkungen der Stoffe. Es gab keine Pharmakovigilanz, obwohl dieser neue Wirkmechanismus der Spritzen besonders hätte überwacht werden müssen, denn es handelte sich um einen risikoreichen und bisher nicht üblichen, gentechnischen Versuch einer Immunisierung. Beispielsweise fehlten prospektive, doppelt-verblindete und randomisierte Langzeitstudien mit entsprechenden Kontrollgruppen, wie es sonst üblich ist. Sehr dicht, sehr vorsichtig und sehr genau hätte man diese neue Technologie ausprobieren müssen. Dies geschah jedoch nicht.

DW: Es ist immer noch unfassbar, wie die Wissenschaft kollabierte.
W.W.: Dass diese eigentlich gut eingespielten Mechanismen gerade hier nicht gemacht wurden, war und ist für mich ein Zeichen, dass die dafür zuständigen Stellen korrupt sind und augenscheinlich anderen Interessen folgen als ihrem eigentlichen Auftrag. Das ist auch die Definition von *korrupt*: Nicht dass diese Leute unbedingt Geld bekommen. Die Stellen haben ihren eigentlichen Auftrag für sekundäre Interessen hergegeben.



Demokraten streiten für ihre Verfassung und gegen das Recht der Stärkeren, sprich der Konzerne. Foto: Georgi Belickin/DW.

DW: Zum Schluss noch ein positiver Ausblick?
W.W.: Der Gesundheitsschutz ist in Deutschland, wenn man das Grundgesetz ernst nimmt, Aufgabe der Bundesländer. Auch ein Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach kann demnach nicht bei der Weltgesundheitsorganisation auftreten und für 16 Bundesländer entscheiden und abstimmen, denn dafür ist er nicht zuständig. Das bedeutet: Wenn der Ministerpräsident eines Bundeslandes entscheidet, dass er bei den Vorgaben der WHO nicht mitmachen möchte, hat er alles Recht dazu. Es könnte auch in Deutschland ablaufen wie in den USA, wo sich beispielsweise der Bundesstaat Florida recht früh von den Coronamaßnahmen verabschiedete. Deshalb hoffe ich auf die Abgeordneten der Landesparlamente, denn diese haben eigentlich die Verantwortung, Widerspruch zu formulieren, wenn ihre Landesregierung bei WHO- oder EU-Vorgängen mitmacht.

DW: Föderalismus als Chance.
W.W.: Wir als Bevölkerung und Demokratiebewegung sollten nicht nur allein und vorrangig versuchen, den Bundestag zu beeinflussen, sondern auch die Bundesländer und die dortigen Abgeordneten. Es wäre wichtig zu erreichen, dass zumindest einige Landesregierungen sagen, dass sie bei dem neuen Pandemievertrag, bei den neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften und beim *One Health*-Ansatz nicht mitmachen. Wenn uns das gelingt, hätten wir viel gewonnen.

DW: Herr Wodarg, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Keine Bildung? Dann ab in den Bundestag!

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Lieber Leser, schon gehört? Ahnungslosigkeit wird neuerdings in Habeck gemessen. Ein Habeck entspricht dabei zwei Baerbock oder auch drei Lang, die Null wird immer in Scholz dargestellt (Internetfund, Verfasser unbekannt).

Warum wir von Verrückten und Dilettanten regiert werden? Franziska Brantner, Staatssekretärin von Märchenbuchautor Robert Habeck, lieferte bei einer Fragerunde des Deutschen Bundestags die passende Antwort darauf. Sie offenbarte: »Selbst wenn eine deutsche Staatsbürgerin oder Staatsbürger des Lesens nicht mächtig sein sollte, hat er alle Möglichkeiten, auch in diesem Deutschen Bundestag zu sein, weil wir hier eben nicht darauf setzen, dass jemand irgendeine Art von Bildungsabschluss haben muss.« Frau Brantner, vielen Dank. Das erklärt einiges.

Köstlich amüsiert habe ich mich auch, als ich am Dienstag auf *bild.de* folgende Überschrift sah: »Wagenknecht oder Weidel – Wer ist gefährlicher für unseren Wohlstand?« Der Artikel war weder als »Witz der Woche« gekennzeichnet noch als Anzeige von Ampelkoalition oder Union. Da wird unser Land seit Jahren kontinuierlich abgewrackt und die *Bild*-Schreiberlinge kommen mit so einer *Headline* um die Ecke. Kann man sich alles nicht mehr ausdenken. Ebenfalls aus der Zeit gefallen ist ein Artikel der *Frankfurter Rundschau*. Die gelangt Ende Oktober 2023 (!) tatsächlich zur Erkenntnis, dass die Corona-Maulkörbe »eher wirkungslos« waren. Früh dran, was? Aber besser spät als nie.



Analyse eines Demokraten in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW.

Während Deutschland den Bach runter geht, ging Nancy Faeser baden: Sie machte Urlaub auf Mallorca. Gefiel nicht jedem. Ich aber finde: Hat sie sich verdient. Ihr unermüdlicher Einsatz für den Erhalt der Demokratie in unserem Land kostet sicher viel Kraft. Urlaub dringend nötig hat möglicherweise auch Marie-Agnes Flak-Zimmermann, die nämlich dreht gerade offenbar etwas frei. In einem Interview mit dem TV-Sender *Welt* sprach sie bezüglich judenfeindlicher Migranten auf unseren Straßen von Menschen, die »einmal zugewandert worden sind«. Herrlich, da braucht es wirklich keine Comedy-Formate mehr. Zudem äußerte sie im *ZDF-Mittagsmagazin* eine lupenreine Verschwörungstheorie, als sie erklärte, dass der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober, also am Geburtstag Wladimir Putins, stattfand, was kein Zufall sei. Sieht so aus, als ob die Waffenlobbyistin unter die Schwurbler gegangen ist. Na, dann herzlich willkommen!

Auch die Künstler unseres Landes haben sich einmal mehr nicht mit Ruhm bekleckert. Die *Welt am Sonntag* wollte Stimmen prominenter Menschen in Deutschland gegen den Judenhass sammeln – und kassierte nur Absagen. Das Fazit der Zeitung: »Sonst laut gegen rechts – beim Judenhass ganz leise«. In Sachen Gratismut sind Toten-Hosen-Sänger Campino, Westernhagen, Grönemeyer und viele andere eben – passend zum aktuellen Zeitgeist – ganz groß, ansonsten halten sie lieber ihren Mund. Man könnte sich ja die Finger verbrennen.

Kommen wir zum Sport: Fußball-Zweitligist VfL Osnabrück hat eine ökologische »Gemeinwohlklausel« eingeführt und in die Arbeitsverträge seiner »Mitarbeitenden« verankert. Was das heißt? Auf der *Website* des Vereins wird erklärt, dass sich alle Mitarbeiter – von Profimannschaft bis Geschäftsstelle – dazu verpflichten, ihre individuellen CO2-Emissionen, die in beruflichem Kontext produziert werden, zu kompensieren. Wie das abläuft? Indem der »entsprechende monetäre Wert direkt vom Gehalt des Arbeitnehmers bzw. der Arbeitnehmerin abgezogen wird«. Ein Profikicker, der mit dem Auto zum Training kommt oder nach dem Spiel ein Steak verzehrt, muss demnach wohl mit Gehaltsabzügen rechnen. Es sind wirklich kranke Zeiten, in denen wir leben.

Der Klub aus der Geburtsstadt von Kanzler Olaf Scholz liegt derzeit übrigens mit nur einem Sieg aus zehn Spielen auf dem vorletzten Tabellenplatz. Man präsentiert sich also auf allen Ebenen desolat. Aber das passt: Ob in der Politik, in der Wirtschaft oder im Sport – die irren Gutenden sind auf dem absteigenden Ast, den sie selbst absägen. Gut so!


Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

»Wie lange hält die Brandmauer noch?«

Martin Sichert, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD, über den Höhenflug seiner Partei, das Versagen der Ampelregierung und das neue Wagenknecht-Bündnis | INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Herr Sichert, die AfD befindet sich seit Monaten im Aufwind: Bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen wurden enorme Zugewinne verzeichnet. Jüngste Umfragen sehen die Partei bundesweit bei 21 bis 23 Prozent. Wie hoch hinaus kann es noch gehen?
Martin Sichert: Die Bundesregierung ist unser bester Wahlkampfhelfer, weil sie in vielen Bereichen gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung agiert. Solange sich das nicht ändert, gehe ich davon aus, dass die AfD weiter deutlich an Zuspruch gewinnen wird, zumal der Sprung von 10 auf 20 Prozent deutlich schwerer ist als der von 20 auf 30 oder von 30 auf 40 Prozent.

DW: Warum?
M.S.: Es wird seit jeher versucht, die AfD zu stigmatisieren, weil man sich mit unseren Inhalten nicht auseinandersetzen möchte. Je größer der Anteil derjenigen wird, die uns wählen und unterstützen, umso schwerer fällt die Stigmatisierung. Es ist ein Unterschied, ob man in seinem Umfeld der Einzige oder einer von vielen ist, der die AfD wählt. Ist Letzteres der Fall kann man den Einzelnen nicht mehr einfach so als »fehlgeleitet« abstempeln.

DW: Die nächste Bundestagswahl steht erst am 26. September 2025 an. Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass die Ampel bis dahin durchhält?
M.S.: Relativ hoch. Der Misserfolg hat die Ampel-Parteien zusammengeschweißt. In den Umfragen haben sie allesamt deutlich eingebüßt, bei den Landtagswahlen gab es heftige Klatschen für sie. Ihnen ist bewusst, dass sie bei der nächsten Bundestagswahl wahrscheinlich aus der Regierung fliegen.

DW: Die AfD fordert Neuwahlen. Was sollen die in Anbetracht der sogenannten Brandmauer aus AfD-Sicht bewirken?
M.S.: Die Frage ist, wie lange die Brandmauer noch hält. In Ostdeutschland bricht sie bereits massiv ein, weil es CDU-Politikern schwerfällt, den Bürgern zu erklären, warum man mit einer Partei, die 30 oder 40 Prozent erhält, grundsätzlich nicht zusammenarbeiten möchte. Wir sehen aber schon jetzt, dass wir einiges bewirken können. Wir haben es zum Beispiel geschafft, die Impfpflicht zu verhindern.

DW: Hat dafür nicht vielmehr der Protest auf der Straße gesorgt?
M.S.: Ich möchte einmal schildern, wie es damals gelaufen ist: Der Kanzler und 16 Ministerpräsidenten wollten zur Jahreswende 21/22 die Impfpflicht einführen. Derweil ließ Andreas Schöfbeck von der BKK ProVita statistische Auffälligkeiten bezüglich Impfnebenwirkungen untersuchen, indem er Tom Lausen beauftragte und sich dann mit dem Ergebnis an das PEI wandte, woraufhin er nach über 20 Jahren fristlos entlassen wurde. Im Gesundheitsausschuss habe ich das PEI zur Rede gestellt. Die Antwort war: Man werde der Sache nachgehen, man sei mit dem Gesamtverband der



Martin Sichert stammt aus Nürnberg, verfügt über ein abgeschlossenes Betriebswirtschaftsstudium und hat bereits viele Jahre in diversen Jobs gearbeitet. Der 43-jährige Diplom-Kaufmann ist der gesundheitspolitische Sprecher der AfD im Deutschen Bundestag.

Krankenkassen bereits in Gesprächen und man lasse sich sämtliche Daten der Versicherten geben, um diese auszuwerten. Zwei Wochen später hatten wir den Gesamtverband im Gesundheitsausschuss. Ich fragte nach dem Stand der Dinge. Daraufhin wurde erklärt, man wisse nichts von Gesprächen mit dem PEI. In Folge dessen reagierte die Union verärgert und brachte mit dem Impfregister einen eigenen Antrag ein. Genau an dem Punkt kippte die Impfpflicht. Wir als AfD haben also unseren Teil dazu beigetragen. Aber natürlich brauchte es dafür auch den massiven Protest auf der Straße.

DW: Was ist das wichtigste Ziel der AfD?
M.S.: Wir wollen eine Demokratie nach Schweizer Vorbild. Denn das größte Problem in unserem Land ist der Lobbyismus. Den bekommen wir nur in den Griff, wenn wir den Bürgern die Möglichkeit geben, auch zwischen den Wahlen über elementare politische Themen entscheiden zu können. Ich denke, dass wir damit zudem die Politikverdrossenheit bei vielen Menschen beheben können.

DW: Macht korrumpiert. Warum sollte man der AfD vertrauen, dass sie, wenn sie mal an der Macht ist, tatsächlich zum Wohle der Bürger handelt?
M.S.: Weil uns eine elementare Sache von den Politikern der anderen Parteien unterscheidet: Niemand von uns ist in der AfD, weil er dadurch lukrative Geschäftskontakte oder einen besseren sozialen Status bekommt. Das Gegenteil ist der Fall: Man nimmt hohe persönliche Belastungen in Kauf. Wer der AfD beitritt, macht das aus voller Überzeugung, weil wir die Inhalte, für die wir als Partei stehen, wirklich umsetzen wollen.

DW: Wären Sie dafür, dass man Wahlversprechen verpflichtend macht?
M.S.: Auf jeden Fall! Ich wäre sogar dafür, dass passive Wahlrecht davon abhängig zu machen. Ich fände es richtig, wenn Parteien nur mit einer gewissen Anzahl von Wahlversprechen, die sich wirklich bemessen lassen, antreten dürfen. Und wenn sie diese brechen, sollten sie ihr passives Wahlrecht *(das Recht, bei einer Wahl gewählt zu werden/ Anm. d. Red.)* auf Lebenszeit verlieren.

DW: Es gibt viele, die vermuten, dass die nun neugegründete Wagenknecht-Partei die AfD schwächen wird. Wie sehen Sie es?
M.S.: Es geht nicht um die AfD, es geht um Deutschland. Und ich glaube, dass diese Partei ähnlich wie die anderen eine Bedrohung für unser Land ist. Man muss sich nur mal die wirtschaftlichen Vorstellungen der Partei anschauen. Eine Behörde soll demnach entscheiden, was die Industrie künftig produzieren darf. Und man plant, Gewinne von Unternehmen komplett abzuschöpfen. Das alles geht klar in Richtung Sozialismus, Kommunismus. Soziale Gerechtigkeit nach Vorstellung von Frau Wagenknecht bedeutet: Alle leben in Armut. Da möchte ich definitiv nicht hin. Und ich bin mir sicher, dass auch die meisten Bundesbürger da nicht hinwollen. Letztlich wird ihr Bündnis nur ein Ersatz für die Linkspartei sein. Wir als AfD sind eine freiheitliche Partei. Wir wollen die Belastungen für die Bürger reduzieren, keinen Nanny-Staat, der für alles da ist und den die Menschen horrend bezahlen müssen. Der Ansatz der AfD steht komplett diametral zu dem, was Frau Wagenknecht möchte.

DW: Aber es gibt auch mehrere Parallelen, zum Beispiel bei den Themen Migration und Außenpolitik. Deshalb gab es im Vorfeld immer wieder Diskussionen, ob Sahra Wagenknecht sich nicht der AfD anschließen könne.
M.S.: Sie hat ihren eigenen Weg gewählt. Auch wenn Sie in einigen Themen durchaus den richtigen Ton anschlägt: Für jeden, der freiheitlich leben möchte, kann ihre Partei keine Alternative sein.

DW: Sie sind Mitglied im vorhin von Ihnen erwähnten Gesundheitsausschuss des Bundestages. Welche Aufgaben hat dieser?
M.S.: Der Ausschuss kontrolliert, was die Regierung so treibt. Aber leider sehen wir, dass viele Dinge mit der Mehrheit der Ampelkoalition einfach beiseite geschoben werden, zum Beispiel eine seriöse Aufarbeitung der Coronazeit. Ich möchte daher vor allem darauf verweisen, was im Gesundheitsausschuss nicht passiert. Dringend notwendige Reformen im Gesundheitswesen werden nicht angepackt, obwohl vieles im Argen liegt: Die Versorgung der Kassenpatienten wird in Deutschland immer schlechter, in der Pflege benötigen wir massenhaft mehr Personal, durch das Krankenhaussterben geht die Flächenversorgung verloren. Und, und, und...

DW: Herr Sichert, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Dieses Interview wird in DW-Ausgabe 153 fortgesetzt.

MELDUNG

SCHOLZ MARKIERT DEN DURCHGREIFER

Berlin/DW. Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte eine Kehrtwende in der Asylpolitik an. Am 20. Oktober gab er gegenüber der Illustrierten *Spiegel* zu Protokoll, man werde »im großen Stil abschieben«, »rund um die Uhr« sollten Behörden besetzt sein. Am 25. Oktober 2023 legte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor, der vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Erklärtes Ziel ist es, Menschen, deren Asylanträge abgelehnt wurden, in größerer Zahl auszureisen. Kritik kommt von sehr unterschiedlichen Seiten. So wird von rechts bemängelt, das Gesetz würde die Situation nicht ändern. Auch Flüchtlingsorganisationen betonen, dass der Gesetzesentwurf keine grundlegende Änderung bringen werde. (hes)

AUSWANDERUNG AUF REKORDHOCH

Berlin/DW. Im Jahr 2022 erreichte die Zahl der Auswanderungen von deutschen Staatsbürgern mit 270.000 Personen einen Höchststand. Nur 2016 wanderten mehr Menschen aus, wie aus den Daten des Statistischen Bundesamtes hervorgeht. Gründe für die hohe Zahl liegen neben den hohen Lebenshaltungskosten, hohen Mieten und geringen Renten in den Coronamaßnahmen, dem angedrohten Spritzenzwang und der Angst vor der politischen Führungskaste. Während des unter Corona verhängten Heimarbeitsregimes hätten viele Menschen gelernt, dass sie auch aus der Ferne arbeiten können, analysierte der *Merkur* am 24. Oktober 2023. Deutsche Gehälter und Renten reichen noch für ein einigermaßen gutes Leben in Billiglohnländern, wo zudem die Kranken- und Altenversorgung häufig besser sei. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus
• Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
WASHINGTON: Saturday 14.00 • Washington Post
• Freedom Plaza Palestine Rally
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwisterscholl Platz – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Termin	Ort	Art
Sa, 28.10.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 28.10.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 28.10.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 28.10.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 28.10.2023 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz direkt am Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 28.10.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 28.10.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 28.10.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 28.10.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 29.10.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 30.10.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 30.10.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 30.10.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 30.10.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr. 13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 30.10.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilianstraße 26	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 30.10.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 30.10.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 30.10.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 30.10.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 30.10.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 31.10.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 31.10.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 31.10.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 31.10.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 31.10.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 1.11.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 1.11.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 1.11.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 1.11.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 1.11.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 1.11.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 1.11.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 1.11.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 1.11.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 1.11.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 1.11.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 2.11.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 2.11.2023 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 2.11.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 2.11.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 2.11.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 2.11.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 2.11.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 2.11.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 2.11.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 2.11.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 3.11.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 4.11.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 4.11.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, S-bhf Röntgental	Autokorso
Sa, 4.11.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 4.11.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 4.11.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 4.11.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 4.11.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 4.11.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 4.11.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 6.11.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 6.11.2023 18-19:15 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Mi, 8.11.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



ISAAKITO
ERINNERUNG AN EINEN JÜDISCHEN ZEITZEUGEN
KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Die Ereignisse zum Nahostkonflikt einschließlich der Proteste in deutschen Innenstädten scheinen nahezu täglich an Eigendynamik zu gewinnen. Die Nachrichten zu den Geschehnissen, die Berichte und Analysen zu Ursachen beziehungsweise Auslösern sowie zu den möglichen Protagonisten im Hintergrund häufen sich.

Und wieder einmal kommt mir ein Mann in den Sinn, der als jüdischer Zeitzeuge Vorträge zu seinen Erlebnissen in der NS-Zeit unter anderem an Schulen, bei der Bundeswehr und an der Landespolizeischule Berlin hielt. Isaak Behar, von seinen Eltern auch Isaakito gerufen, wurde 1923 als einziger Sohn einer Familie sephardischer Juden mit türkischer Staatsangehörigkeit geboren. Nachdem er am 13. Dezember 1942 aus dem Haus gegangen war, kamen Männer der Gestapo und holten seine Eltern mit den beiden älteren Schwestern für den Transport ins Vernichtungslager ab.

Mit 19 Jahren begann für den jungen Mann aus Berlin-Charlottenburg ein Überlebenskampf in der Illegalität. Die Erinnerungen von Herrn Behar sind in dem lesenswerten Buch »Versprich mir, dass du am Leben bleibst«, erschienen im Ullstein Verlag, festgehalten. Man erfährt von seiner Existenz in der Stadt als »U-Boot«, aber auch von der sukzessiven Entrechtung der Juden ab 1933. Berichtet wird von Verboten für viele Berufe, der Untersagung des Besitzes von Schrebergärten, Haustieren und so weiter, von Verordnungen zur Offenlegung von Vermögen und deren Einziehung, der Abnahme von Radios, Pelzen, Wollsachen, Heizkissen, Kochplatten, Fahrrädern, Schreibmaschinen und vielem mehr. Ab Winter 1940 gab es für Juden unter anderem kaum noch Bezugsscheine für Lebensmittel, Textilien, Schuhe und Hygieneartikel.

Die Vorträge von Herrn Behar waren immer sehr tiefgehend und berührend. Er äußerte zum Schluss immer den Wunsch, dass sich jüdisches Leben weiter in Deutschland ausbreiten kann.

Hin und wieder wurde er von seinen Zuhörern gefragt, wie er denn zu Israel und zu den Palästinensern stehen würde. Er antwortete, dass er ein in Berlin lebender Jude sei. Viel könne er zum Nahostkonflikt nicht sagen. Er würde aber sein Leben dafür geben, dass dort endlich Frieden herrsche. Isaak Behar äußert zum Schluss eines bei Youtube abrufbaren Kurzfilms: »Sich noch einmal so etwas zu leisten, was man zunächst unterschätzt und dann sich zu einer Katastrophe ausartet, das kann sich Deutschland und die Welt gar nicht erlauben. Also ich kann nur sagen: Wehret den Anfängen, nicht erst, wenn es zu spät ist!«

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de

IMMER WIEDER MONTAGS KOMMT DIE DEMOKRATIE



Frankfurt/Oder 23. Oktober 2023



Amberg, 23. Oktober 2023 Foto Georgi



Göttingen 16. September 2023, Foto Georgi



Dresden, 23. Oktober 2023 Foto Dirk Limbach/Demobilder

KEINE MEDIEN SIND AUCH KEINE LÖSUNG

Gespräch mit dem Initiator der Initiative Leuchtturm ARD, Jimmy Gerum, anlässlich des 100. Geburtstags des Rundfunks | Von Hendrik Sodenkamp

DW: Seit hundert Jahren gibt es Rundfunk in Deutschland. Am 29. Oktober 1923 erklang aus ein paar Dutzend Berliner Radioempfängern die erste Sendung. Ist der 29. Oktober nun somit ein Feier- oder ein Trauertag?
Jimmy Gerum: Natürlich ein Feiertag. Die Erfindung des Rundfunks ist anzusehen wie die Erfindung des Buchdrucks oder des Internets. Es sind die Menschen, die die Erfindungen missbrauchen oder sich davon missbrauchen lassen.

DW: Womit wir beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk angekommen sind.
J.G.: Die Grundidee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist, ein Informationsmedium zu schaffen, das frei von kommerziellem oder ideologischem Druck ist und dadurch ausgewogen informieren und kulturell bilden könnte. Nun haben wir versäumt, den Missbrauch durch Einzelinteressen zu verhindern. So hat dieser im Laufe der Jahrzehnte in unerträglicher Weise zugenommen.

DW: Die Rundfunkstationen in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren nicht gerade mit Ruhm bekleckert, im Gegenteil. Sie haben massenhaft Propaganda von Regierungen und Konzernen verbreitet. Sie halten dennoch am öffentlich-rechtlichen Rundfunk fest, der spätestens seit Corona massiv in der Kritik steht. Warum?
J.G.: Egal, ob der Minnesänger uns darüber aufklärt, was passiert, oder eine Zeitung oder das Internet. Medien bestimmen die öffentliche Meinung. Das lässt sich nicht abschaffen. Es geht also um Transparenz, Kontrolle und die Einhaltung von Regeln, die die Gesellschaft streng überwachen muss. Das Versagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder der Pressefreiheit als Ganzes hat die Gesellschaft zu verantworten, die das mit sich machen lässt. Nur als verantwortungsbewusste Gemeinschaft können wir die Einzelinteressen in Schach halten.


Der erfolgreiche Fimproduzent Jimmy Gerum streitet für echten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Foto: privat

DW: Nun wollen Sie mit sehr, sehr vielen Mitstreitern den öffentlich-rechtlichen Rundfunk demokratisieren. Wie kommen Sie voran?
J.G.: Wir führen den Dialog auf Augenhöhe mit den Leitmedien seit 67 Wochen in nunmehr über 200 Städten, wir haben rund 20 Runde Tische hinter uns mit ersten Sondierungsgesprächen.

DW: Wofür die Mühen? Warum gerade die Medien?
J.G.: Die Journalisten haben eine Schlüsselrolle bei der fairen Einordnung geopolitischer Interessen und bestimmen daher über Krieg und Frieden. Wenn wir die Kriege verhindern wollen, brauchen wir endlich aufrichtige Leitmedien und das können wir nur gemeinsam einfordern. Und je mehr sich uns anschließen, desto schneller wächst der Druck auf die einseitige Informationskultur.

DW: Ihre Initiative ist nun auch international vernetzt. Warum? Wie können uns Amerikaner, Briten und Kenianer helfen, dass wir in Deutschland nicht mehr dermaßen belogen werden?
J.G.: Das Problem der Desinformation ist global, die ganze Menschheit hat es sich viel zu lange gefallen lassen. Die Coronakrise hat nun viele aufwachen lassen. Nun sollten wir diese Chance nutzen und die hinzugewonnenen Kräfte bündeln. Das versuchen wir mit einem internationalen Dialog mit Hilfe eines kostenlosen Werkzeuges im Internet, das wir in sechs Sprachen angelegt haben. Jeder Bürger ist aufgerufen, sich bei LeuchtturmARD.de zu informieren und selbst Verantwortung für eine friedliche Zukunft zu übernehmen.

DW: Was steht als nächstes Ihrer Initiative an?
J.G.: Wir wollen die weltweite Friedensbewegung für diesen Mediendialog gewinnen. Die Rechnung ist ganz einfach: Gemeinsam mit einem aufrichtigen Journalismus können wir die fehlgeleitete Politik in die Schranken weisen. Es liegt an uns selbst, wie schnell unsere Stimme unüberhörbar wird, nur gemeinsam sind wir stark. Und: Jeder kann mithelfen und sich bei uns melden unter 0151-5055 2062.

DW: Herr Gerum, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

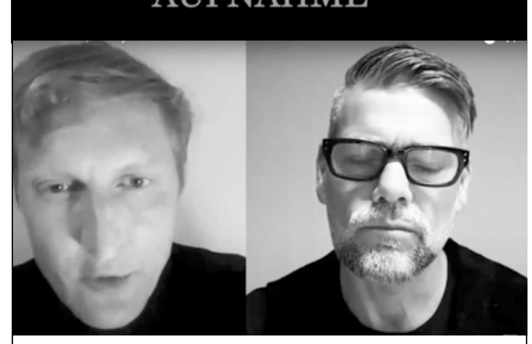
• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS-
AUFNAHME



ALLERORTS SPRIEßEN NEUE PARTEIENPROJEKTE AUS DEM BODEN. DIE UNZUFRIEDENHEIT IN DER BEVÖLKERUNG HAT EIN IN DER BRD NIE DAGEWESENES NIVEAU ERREICHT. DW GIBT IN DER BESTANDSAUFNAHME EINEN ÜBERBLICK:

Die populäre Politikerin Sahra Wagenknecht, die auch von dieser Zeitung kurzzeitig in Rang einer Mit-Herausgeberin erhoben worden war, gab am Montag, 23. Oktober 2023 den Austritt aus der Linkspartei bekannt. Ebenso neun weitere Bundestagsabgeordneten der Linken. Am selben Tag gaben sie in der hochoffiziellen Bundespressekonferenz eine Audienz vor einer großen Menge Journalisten, um das Programm ihrer neuen Partei vorzustellen. Man lege es darauf an, Protestwählern eine Alternative zur AfD zu geben und diese somit zu schwächen, hieß es. Die Linkspartei forderte die ausgetretenen Abgeordneten dazu auf, ihre Mandate zurück zu geben. Wie lange die Linkspartei noch einen Fraktionsstatus im Bundestag haben wird, ist fraglich.



Die thüringische Landtagsabgeordnete Ute Bergner trat 2020 wegen der Annulierung der Wahl Thomas Kemmerichs als Ministerpräsident aus der FDP aus und machte sich im Parlament gegen die Coronamaßnahmen stark. Nun ist sie Vorsitzende des neuen Bürgerbündnisses für Thüringen.

Am 22. Oktober gaben mehrere Oppositionsparteien aus Thüringen eine Gründungsversammlung, in dem sie die Schaffung eines Bürgerbündnis bekannt gab. Bei den beteiligen Parteien handelt es sich um die Bürger für Thüringen, die Partei Die Basis und den Verein Freie Wähler. Auch Hans-Georg Maaßen, der ehemalige deutsche Oberspion und nun Vorsitzender der Werte-Union, einen Teil der CDU, war anwesend und kündigte die Unterstützung der Werte-Union an. Erklärtes Ziel ist es, einen Koalitionspartner für die AfD zu bilden. Man wolle an die Regierung und somit eine Alternative für das politisch heiß umkämpfte Bundesland schaffen. Derzeit herrscht in Thüringen einen Minderheitsregierung unter Bodo Ramelow (Linkspartei), die nach dem Scheitern der Wahl Thomas Kemmerichs (FDP) eingesetzt worden war.

Auch der Goldhändler Markus Krall gab bekannt, er wolle eine neue Partei gründen. Die Nichtwähler in Deutschland bestünden aus Menschen der »Mitte«, so der Unternehmer, die von der linksradikalen Politik der Einheitsparteien abgestoßen seien. In seiner Analyse der derzeit vielen Parteigründungen verwies der Publizist Jürgen Elsässer diese Lagebeschreibung Kralls ins Reich der Legenden: Die Große Zahl der Nichtwähler bestünde zum Großteil nicht aus Leuten einer ominösen Mitte sondern aus Menschen, die gänzlich den Glauben in die Herrschaft der Parteien verloren hätten. Ein Unternehmer wie Krall würde diese mit einem betont bürgerlich-mittigen Auftreten nicht für sich und sein Parteienprojekt gewinnen können. Krall will mit seiner Partei ebenfalls Mehrheitsbeschaffer für die AfD werden.

Lehrmeister des Staatsterrors

Über Niccolò Machiavelli — Auszug aus dem neuen Buch »Das 1 x 1 des Staatsterrors – Der neue Faschismus, der keiner sein will« | Von Ullrich Mies

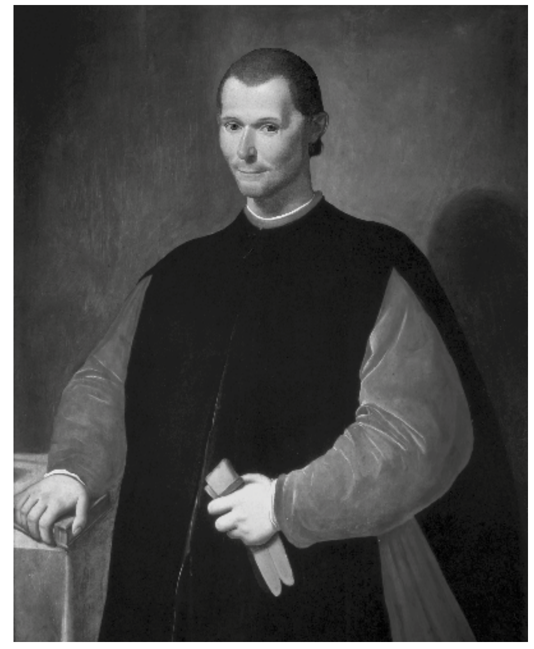
Wer sich mit Fragen des Staates und des Staatsterrors befasst, kommt an Niccolò Machiavelli (1469–1527) nicht vorbei. Der italienische Diplomat, Schriftsteller, Philosoph und Historiker wird häufig als Vater der modernen politischen Philosophie und der politischen Wissenschaft bezeichnet.

Im Mittelpunkt seines schriftstellerischen Schaffens stand die Sicherung des Staates. Im Falle eines Staatsnotstandes wollte er den Herrscher von dem Zwang befreien, sich ethischen Normen zu unterwerfen und so gilt Machiavelli als Begründer der Staatsräson. Dieser Begriff stammt jedoch von dem Florentiner und Historiker Francesco Guicciardini (1483-1540). In seinem wohl bekanntesten Buch *Der Fürst* aus dem Jahre 1513, veröffentlicht 1532, knüpft Machiavelli an die Erziehungsbücher für Monarchen an, die sogenannten Fürstenspiegel. Diese betrachteten »... den Herrscher als Menschen mit moralischen Verpflichtungen gegenüber dem Staat und den Individuen. In den Fürstenspiegeln setzte sich der Gedanke durch, dass jeder Bürger als Person gewordene Republik Pflichten gegenüber dem Staat habe, dass aber auch das individuelle Glück, sofern es auf Tugend und Tüchtigkeit beruht, der Gemeinschaft und dem ganzen Staat zugute kommen sollte.«

Machiavelli stellte sich diesen Gedanken radikal entgegen. Das Funktionieren des Staates hatte für ihn absolute Priorität, das heißt Machterhalt und Machterweiterung sind für ihn die zentralen Merkmale eines funktionsfähigen Staates.

»Staatsräson ist also der Grundsatz, nach dem die Sicherung der Existenzbedingungen des Staates, seine Erhaltung und die Erweiterung seiner Macht die primäre Aufgabe der politischen Führung und der sie tragenden Kräfte sei.« Daher seien »Lüge, Betrug, Intrige, Erpressung, Mord und Krieg [...] legitime Mittel im Kampf um politische Macht«.

Schaut man sich die Welt von heute an beziehungsweise wirft einen Blick zurück in die Jahrhunderte, so bedienten sich die Mächtigen stets dieser Prinzipien. Doch nicht nur sie, ebenso verhielten sich die Heere von Opportunisten, Bürokraten, Folterern, Totschlägern, Militärstrategen, Soldaten, Milizionären, kurz all jene Nutznießer auf der



Er wollte als pausbäckig erinnert werden: Der Machttheoretiker Niccolò Machiavelli auf dem Gemälde des italienischen Malers Santi di Tito.

Suche nach individuellen Vorteilen, und sei es durch Raub und Plünderung. Seit Jahrtausenden bestimmen diese »legitimen Mittel« das Handeln von Imperien, Kaisern, Königen, Senaten und deren Beamtenschaft, Geheimdiensten, Polizeiapparaten und Heerführern. Seit zwei Jahrtausenden mischt die Kirche in diesem Macht- und Herrschaftsgerangel intensiv mit und steht, abgesehen von Ausnahmen wie die lateinamerikanische Theologie der Befreiung immer an der Seite der Macht. Demnach gehört es zu Machiavellis Verdienst, dass er lediglich die Erfahrungen und Prinzipien von Machtsicherung und -erweiterung der Jahrtausende zusammenfasste. Auch wenn seine Werke völlig unterschiedlich bewertet werden, so kann man Machiavelli dennoch als Rechtfertigungsmeister des Staatsterrors und der Tyrannei ansehen. Völlig klar ist, dass ihm die Staatsenthusiasten aus den degenerierten akademischen Milieus beziehungsweise Machthaber jeder Couleur bis heute den roten Teppich ausrollen.

Diejenigen, die den Staat beherrschen, definieren die Staatsinteressen. Der Staat wurde immer von den herrschenden Klassen dominiert. Daraus folgt, dass der Staatsterror, völlig unabhängig von seiner Erscheinungsform, den Untertanen stets als Staatsräson, das heißt als Notwendigkeit für den Erhalt des Staates und des »Staatswohls« verkauft wurde. Anders ausgedrückt: Die Staatsräson-besoffenen Herrschaftskasten schaffen sich die erforderlichen straffreien politischen Räume des organisierten Staatsverbrechens und ebnen dem Staatsterror nach innen und imperialistischen Eroberungskriegen die Wege. Strukturelle Verbrechen, organisierte Gewalt und Friedlosigkeit sind in der Staatsräson angelegt. Indem sich die Parteien im Parteienstaat als Ergebnis der vergangenen 40-jährigen marktradikalen Konterrevolution ideologisch gleichschalteten, ist die Demokratie tot und für die Volkssouveränität bleibt kein Raum.

Definiert sich die Staatskaste als »Souverän«, bestimmen Staatsterror und die Tyrannei, also das organisierte Politverbrechen, von oben herab politisch auch, was Wahrheit ist. Willkommen in der Wirklichkeit, willkommen im Gleichschaltungs- und Gesinnungsstaat. Dieser schreibt vor, was gesagt und geschrieben werden darf, was zensuriert wird, was Wissenschaft ist, welche Wissenschaftler zu hören sind, dass die russische Invasion in die Ukraine keine Vorgeschichte hatte, China die Welt bedroht und so weiter und so weiter. Wenn sich die Exekutive verabsolutiert, die Gewaltenteilung ausgehebelt hat und alleine bestimmt, wo es langgeht, sind alle Dämme gebrochen. Darum behaupte ich, dass wir in einem Neuen Faschismus, der keiner sein will, angekommen sind.

Dies ist ein vom Autor für diese Zeitung modifizierter Vorabdruck aus seinem Buch: »Das 1x1 des Staatsterrors. Der Neue Faschismus, der keiner sein will«, das am 13. November 2023 im Klarsicht-Verlag erscheint.

Ullrich Mies, Jahrgang 1951, studierte Sozialwissenschaften/Internationale Politik in Duisburg und Kingston/Jamaica. Er arbeitet als Publizist und Autor.



Ins Gesicht: Titelcover des neuen Werkes des Top-Analysten Ullrich Mies.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

LIEBES REDAKTIONSTEAM,

als DW-Abonnent und ehemaliger langjähriger Tageszeitungsredakteur eine kurze Leserkritik von mir: Die Titelgeschichte gefällt mir in ihrem direkten Ton in der Regel sehr gut. Die besten Beiträge schreiben Michael Meyen und Martin Schwab. Insbesondere Meyen zeigt, was journalistisches Handwerk bedeutet. Norbert Härings Texte gehören seit Jahren zum Besten, was derzeit veröffentlicht wird. Die Beiträge von Ernst Wolff sind immer sehr gut, auch wenn ich seine Meinung nicht so ganz teile. Viele Interviews, sehr gut.

Verbesserungsvorschläge: Euer Schwerpunkt ist mir etwas zu Corona-lastig. Warum wird auf der letzten Seite nicht ein aktuelles Thema zu einem Grundgesetz-Artikel aufgegriffen? Die Seite könnte man viel spannender und lehrreicher gestalten. Die Demotermine nehmen zu viel Platz weg, darauf könnte man im Internet verweisen. Wichtig fände ich zudem Verbrauchertipps. Und statt der Bücher-Empfehlungsliste würde ich mir Rezensionen wünschen. Weiterhin viel Erfolg!

– Matthias R., Roseburg

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Europäische Zentralbank gegen bargeldfeindliche Umtriebe der EU-Kommission

Der Autor führt einen vielbeachteten Prozess für die Bargeldzahlung, der nun womöglich Früchte trägt | Von Norbert Häring

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich mit einer kritischen Stellungnahme zum Entwurf einer Bargeld-Richtlinie erstmals den bargeldfeindlichen Umtrieben der EU-Kommission in den Weg gestellt. Die Notenbank will, dass Geschäften und dem Staat verboten wird, die Annahme von Euro-Bargeld durch einseitige Erklärung auszuschließen.

Wie (fast nur) von mir auf meinen Blog Geld und mehr auf norberthaering.de kritisch berichtet, will die Kommission mit ihren parallel vorgelegten Richtlinien zum digitalen Euro und zum Euro-Bargeld die digitale Variante des Zentralbankgeldes entscheidend bevorzugen. Der Richtlinienentwurf zum digitalen Euro sieht vor, dass dieser neben Bargeld zweites gesetzliches Zahlungsmittel wird. Nur kleine Geschäfte sollen das Recht haben, die Annahme des digitalen Euro durch einseitige Erklärung auszuschließen, etwa durch ein Schild an der Ladentür. Allen anderen kommerziellen Zahlungsempfängern würde das verboten.

Im Gegensatz dazu sieht der Entwurf für die Bargeldrichtlinie vor, dass weiterhin jedes Geschäft durch einseitige Erklärung die Annahme von Euro-Bargeld ablehnen kann. Es soll dabei von der freiwilligen Vereinbarung ausgegangen werden, dass nur unbar bezahlt werden kann, falls etwa jemand trotz eine solchen Hinweisschildes die betreffende Verkaufsstelle betritt. Staatliche Stellen, bei denen man grundsätzlich nicht von Freiwilligkeit ausgehen kann, sollen dennoch das Recht haben, Bargeldannahme zu verweigern, wenn das im öffentlichen Interesse liegt. Das wird schon angenommen, wenn es den Staat billiger kommt, kein Bargeld anzunehmen.

Die Kommission will ledigl ich den Regierungen aufgeben, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wenn sie feststellt, dass die Bargeld-Annahmeverweigerung so weit verbreitet ist, dass man nicht mehr in der Regel mit Bargeld bezahlen kann. Dann wäre es vermutlich in der Regel bereits zu spät, um das Bargeld noch zu retten.

EZB GEGEN KOMMISSION

In ihrer am 16. Oktober 2023 veröffentlichten Stellungnahme stellt sich die EZB entschieden gegen die von der Kommission beabsichtigte Benachteiligung von Münzen und Scheinen als Zahlungsmittel gegenüber dem künftigen digitalen Zentralbankgeld. Eine Pressemitteilung dazu gab es allerdings nicht. Ich bin durch einen Beitrag des (hervorragenden) Journalisten Nick Corbishley auf Naked Capitalism darauf aufmerksam geworden.

Die EZB schreibt (übersetzt): »Es sollte eine neue Bestimmung in den Verordnungsvorschlag aufgenommen werden, die klarstellt, dass der einseitige Ausschluss von Bargeld im Voraus verboten ist. Die EZB schlägt ferner vor, die Definition des Begriffs ›einseitiger Ausschluss von Bargeld im Voraus‹ im Verordnungsvorschlag so zu ändern, das



In Deutschland stehen die Menschen für den Erhalt des Bargeldes auf. Im Gegensatz zu Digitalspielgeld kann es nur schwer durch Staaten und Großkonzerne überwacht werden. Foto: Commons

klargestellt wird, dass dieser Begriff sowohl ›Kein-Bargeld‹-Praktiken (z. B. ›Kein Bargeld‹-Schilder an Geschäftseingängen oder Verkaufsstellen) umfasst, als auch Vertragsbedingungen, die nicht individuell ausgehandelt wurden (z. B. vorformulierte Standardverträge). Darüber hinaus sollte (...) festgelegt werden, dass die Beweislast einer vorherigen Vereinbarung zwischen dem Zahler und dem Zahlungsempfänger über ein anderes Zahlungsmittel als Bargeld, beim Zahlungsempfänger liegt.«

Derzeit ist die einseitige Erklärung die gängige Methode, mit der Geschäfte, Restaurants und andere Zahlstellen die Bargeldannahme legal verweigern, obwohl im Prinzip jeder das gesetzliche Zahlungsmittel akzeptieren muss. Außerdem drängt die EZB darauf, staatlichen Stellen generell zu verbieten, die Annahme des gesetzlichen Zahlungsmittels abzulehnen: »Die Erwägungsgründe des Verordnungsvorschlags sollten angepasst werden, um klarzustellen, dass die von öffentlichen Stellen angewandten ›No-Cash‹-Praktiken ebenfalls in den Anwendungsbereich des Verordnungsvorschlags fallen und daher verboten sind.«

Der Richtlinienentwurf der Kommission sieht in Artikel 5 vor, dass Geschäfte die Annahme von Banknoten ablehnen dürfen, wenn das im guten Glauben und aus temporären und legitimen Gründen geschieht, die außer halb der Kontrolle des Zahlungsempfängers liegen, und die Verhältnismäßigkeit gewahrt ist. Diese Anforderungen, die alle gemeinsam erfüllt sein müssen, begrüßt die EZB ausdrücklich, weil sie eine angemessen hohe Hürde darstellten. Sie kritisiert aber deutlich, dass der Entwurf das Fehlen von ausreichend Wechselgeld explizit und generell als einen solchen zulässigen Grund nennt. Das senke die Hürde zur Annahmeverweigerung beträchtlich, weil das Vorhalten von ausreichend Wechselgeld in der Regel durchaus in der Kontrolle des Zahlungsempfängers liege.

VOM SAULUS ZUM PAULUS

Unter dem früheren Goldman-Sachs Manager Mario Draghi (2011-2019) hatte die EZB zusammen mit der Kommission das Bargeld bekämpft. Sie konstruierte aus einer drittklassigen Rechtsquelle eine fragwürdige juristische Begründung, um von Regierungen eingeführte Barzahlungsobergrenzen genehmigen zu können, trotz des Status als gesetzliches Zahlungsmittel. Das fing an mit einer Begrenzung auf 1.000 Euro 2011 in Italien unter dem früheren EU-Kommissionspräsidenten Mario Monti und ging sogar bis zu einer Begrenzung auf 500 Euro (2016) in Griechenland.

Das änderte sich, mit etwas Verzögerung, als der bargeldfreundliche Luxemburger Yves Mersch 2014 nach dem vorzeitigen Ausscheiden des Skandalumwitterten Jörg Asmussen im Direktorium der EZB für Recht und zunächst auch für Banknoten und damit für die Stellungnahmen zuständig wurde. Die EZB fing an, weiteren Senkungen von Barzahlungsobergrenzen zu widersprechen. 2017 widersprach sie einer Bargeldobergrenze in Bulgarien und bargeldfeindlichen Maßnahmen der portugiesischen Regierung. Merch begründete das in einem Redebeitrag auf dem Bundesbank-Bargeldsymposium 2018. Dieser Linie blieb sie seither weitgehend treu.

In meinem Verfahren um das Recht auf Barzahlung des Rundfunkbeitrags, das über das Bundesverwaltungsgericht zum Europäischen Gerichtshof ging, erlebte ich die EZB allerdings eher als neutrale Partei, denn als Unterstützerin bei der Verteidigung des Bargeldes. Einzige Unterstützung war, dass der EZB-Vertreter in der mündlichen Verhandlung bestätigte, dass es Dienstleister gibt, die in Massenzahlungsverfahren die Bargeldannahme zu günstigen Preisen übernehmen können. Das untergräbt eigentlich grundlegend die zentrale Argumentation der Gegenseite, dass Bargeldannahme in Massenzahlungsverfahren zu teuer ist und daher öffentliches Interesse daran besteht, sie ablehnen zu können. Der EU-Generalanwalt, der fast eins zu eins die Linie der EU-Kommission übernahm, ignorierte das in seinem Plädoyer aber, und der Gerichtshof, der ihm regelmäßig folgt, dann auch. Ebenso später das Bundesverwaltungsgericht, das sogar argumentierte, es sei auch ohne Nachweis ohne weiteres plausibel, dass Bargeldannahme behindernde hohe Kosten verursache.

Ich habe mir die lauwarme Haltung der EZB in dem Verfahren damals damit erklärt, dass sie selbst in juristischen Winkelzügen aus obskuren Quellen falsche Rechtfertigungen für Bargeldbeschränkungen konstruiert hatte, um Bargeldobergrenzen zu genehmigen. Dadurch konnte die EZB sich nur schwer auf meine Seite schlagen, ohne sich selbst der juristisch falschen Argumentation in wichtigen Stellungnahmen zu bezichtigen.

Auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs in meinem Verfahren wird sowohl im Richtlinienentwurf der Kommission als auch in der Stellungnahme der EZB Bezug genommen. Die Kommission tut dabei aber so, als würde die (rechtlich fragwürdige) Genehmigung des Gerichtshofs von Bargeldablehnung aus Gründen des öffentlichen Interesses die künftige Rechtslage bestimmen. Die EZB ordnet sie dagegen richtig ein, als Auslegung der bisherigen Rechtslage, die durch eine neue EU-Verordnung jederzeit geändert werden kann.

Da es jetzt nicht mehr um Auslegung einer bestehenden Rechtslage geht, sondern darum, neues Recht zu formulieren, ist die EZB auch nicht mehr durch die bargeldfeindlichen juristischen Winkelzüge ihrer früheren Führung an der Verteidigung des Bargelds gehindert. Nun fordert sie genau das, was ich in meinem Gerichtsverfahren, das nun beim Bundesverfassungsgericht liegt, vergebens gefordert habe: dass öffentliche Stellen generell Bargeld annehmen müssen.

ECHTER SINNESWANDEL ODER INTERNER RICHTUNGSSTREIT?

Zuständig für Zahlungsverkehr und Banknoten im EZB-Direktorium ist seit 2020 der Italiener Fabio Panetta. Im November wird er Chef der italienischen Zentralbank. Zuständig für Recht ist der Niederländer Frank Elderson.

Allerdings will ich noch nicht mein ganzes Vertrauen in den Wandel der EZB vom Saulus zum Paulus setzen, denn:
– EZB-Chefin Christine Lagarde ist alles andere als bargeldfreundlich.
– Auch Fabio Panetta klang vor knapp einem Jahr nicht so, als wolle er das Bargeld wirklich retten.
– Im Rahmen einer Arbeitgruppe der EZB zur Bewahrung des Bargelds wurde 2021 dafür gesorgt, dass bargeldfeindliche Praktiken der Banken ausgeklammert blieben.
– Die halbherzige Bargeldstrategie der EZB, die im Dezember 2020 vorgestellt wurde, las ich seinerzeit als Anzeichen für Richtungskämpfe innerhalb der Zentralbankführung.
– Die unter der Oberhoheit der EZB-Präsidentin Lagarde stehende Kommunikationsabteilung hat seinerzeit die Verabschiedung der Bargeldstrategie genauso totgeschwiegen wie aktuell die bargeldfreundliche Stellungnahme zum Richtlinienentwurf.

Denkbar ist daher leider auch dass die Haltung der EZB zum Bargeld sich nicht grundlegend geändert hat, sondern aufgrund eines internen Richtungsstreits wie ein Pendel hin und her schwingt. Es könnte auch ein abgekartetes Spiel sein, bei dem es darum geht, die Bargeld-Ehre der EZB zu waren, ohne dass sich letztlich etwas ändert, oder darum, Bemühungen in manchen Ländern um Bargeldschutz per Verfassungszusatz den Wind aus den Segeln zu nehmen. – Wir werden das weiter beobachten müssen.



Norbert Häring, geb. 1963, ist promovierter Volkswirt und Wirtschaftsjournalist. Er schreibt u. a. für das Handelsblatt.

Dieser Text erschien auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net, wo er mit Quellangaben als Audiostrecke einhörbar ist.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

KRIEG IST EIN BUSINESS

Jeder Schuss aus einem Panzer kostet den Steuerzahler ungefähr 13.000 US-Dollar. Etwa 46.000 Schuss haben die USA mutmaßlich in den Irak geliefert. Die größten Rüstungsfirmen sind Airbus, Rheinmetall, Thyssen-Krupp, Kraus Maffei Wegmann, Diehl, MTU, MBDA und zu guter Letzt Jenoptik. In mittelständischer unternehmerischer Hand sind diese nicht, die Eigentümerstrukturen zeigen ganz besonders, wer da an der langen Hand das wahre Interesse an den Kriegen hat. Es ist ein *Business*, es geht um Geld, aber keineswegs um mittelständisches Herzblut.

Die *Tagesschau* schreibt: »Vorbei die Zeiten, als die Mitarbeiter von Rheinmetall die Buhmänner der Nation waren.« Ebenso vorbei die Zeiten, als vor den Werkstoren demonstriert wurde oder gar Aktionärsversammlungen gestürmt wurden. Hauptsache, jeder Leopard 2-Panzer erledigt zuerst fünf russische Panzer, bevor er dann irgendwann selbst erlegt wird. Die westlichen Panzer sind – Achtung, Sarkasmus – trotzdem die besten. Es ist der *Tagesschau* auch egal, wer 2014 in der Ukraine mit welchem Geld geputscht hat und wer heute wiederum dort das Geld verdient. Sie haben ihre eigene Berichterstattung von damals gelöscht und damit vergessen. Traurig, wie weit es inzwischen gekommen ist.
Wie wäre es mal mit einer ehrlichen Reportage über die Eigentümerstrukturen dieser Rüstungskonzerne? Wäre sicher interessant, aber darauf können wir lange warten. Da erleben wir mit hoher Wahrscheinlichkeit vorher das Ende der GEZ, denn da tut sich parallel bei den neuen Medien doch einiges im Sinne einer ehrlichen, faktischen und wissenschaftlich orientierten Berichterstattung. Auch erste Gerichtsurteile lassen durchaus hoffen.

Die Mehrheit der 99 Prozent des deutschen Mittelstandes wollen Frieden und lehnen Krieg ab, sowohl den in der Ukraine als auch den in Israel oder an anderen Orten auf dieser Welt. Außer, sie profitieren davon. Wären die sichtbaren und die unsichtbaren Profiteure gezwungen, an die Front zu gehen, gäbe es die Kriege nicht. Es gibt hier kein Gut oder Böse, kein Wahr oder Falsch, hier gibt es, um in Daniele Gansers Worten zu sprechen, für alle Beteiligten nur die Rote Karte. Ost oder West: Es ist doch überall das Gleiche und doch nicht Dasselbe. Frieden und Waffen – das geht nicht in einem Satz.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Schild am 3. Oktober 2023 bei der Großdemonstration in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW

Zone 30 – abstrakte Gefahren im Straßenverkehr

Der Umweltschutz soll als neue Gefahr in der StVO verankert werden | Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Entgegen dem Willen der Mehrzahl der Bürger zieht die Ampel-Regierung die Verkehrswende durch. Einer der Hauptfeinde ist der Autofahrer, insbesondere der SUV-Fahrer. Der moderne Umweltretter fährt dagegen mit Strom. Auch wenn es noch so unsinnig ist, die Umweltbilanz eines Fahrzeugs am Auspuff zu messen, aber mit Logik hat dies alles nichts mehr zu tun, wenn die Grüne Jugend anstatt mit dem Fahrrad heute mit dem E-Roller unterwegs ist.

Im Jahr 2021 wurde ich auf dem Weg zur Kanzlei an einer Stelle geblitzt, an der Zeit meines Lebens Tempo 50 erlaubt war. Gegen diese Knolle zog ich vor Gericht, da ich keine Ermächtigungsgrundlage der Stadt Köln erkennen konnte, einfach auf Hauptstraßen eine Tempo-30-Zone einzurichten. Die Voraussetzungen für die Anordnung einer solchen Zone sind in Paragraph 45 Absatz 1c der Straßenverkehrsordnung geregelt. Die Einrichtung ist nur für weniger befahrene Straßen zulässig. Das Verfahren wurde eingestellt, eine Strafe musste ich nicht bezahlen, da die Stadt auch keinerlei Begründung für die Einrichtung der 30er-Zone liefern konnte.

Die Kölner Bürgermeisterin Reker hatte bereits während der Coronazeit versucht, in ganz Köln ein Tempo 30 durchzusetzen. Ihr Argument damals war, dass Radfahrer beim Überholen mehr Platz benötigen, damit sie sich nicht gegenseitig mit dem Coronavirus anstecken, daher müssten die Radwege auch doppelt so breit und ein generelles Tempo 30 in der Stadt eingeführt werden, das auch nach Corona bestehen bleiben solle. Als Henriette Reker damit beim damaligen Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) nicht durchdringen konnte, fing sie entgegen der StVO an, auf zahlreichen Hauptstraßen 30er-Zonen einzurichten. Dies begründete sie mit einer angeblichen Gefahr für sogenannte »schwache Verkehrsteilnehmer«. Ideologie vor Recht also – wir machen das einfach.

Eine fehlende Regelungskompetenz war Reker auch bei der Kölner Ausgangssperre egal, sie kann sich ja darauf verlassen, dass ihre rechtswidrigen Regelungen auch nicht mehr von einem Kölner Verwaltungsgericht gekippt werden, denn dort werden Klagen einfach nicht mehr bearbeitet, wenn sie der Corona- und Grünen-Ideologie widersprechen. Wie praktisch, dass dann auch die Presse über diese Missstände erst gar nicht mehr berichtet. Grundsätzlich dient das Ordnungsrecht dazu, um Gefahren abzuwenden. In der Vergangenheit bezog sich dies stets auf konkrete Gefahren – etwa wenn Tempo 30 vor einer Schule eingerichtet wurde, was absolut sinnvoll ist. In der Post-Coronazeit hat sich der Begriff der Gefahr aber »weiterentwickelt«, nicht nur konkrete Gefahren sollen eingedämmt werden, sondern auch abstrakte Gefahrenlagen wie mögliche Ansteckung oder eben auch Gefahren für die Umwelt. Professor Stefan Klinski von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin meint, Belange des Umwelt- und Klimaschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung fielen in die Gesetzgebungskompetenz »Straßenverkehr«. Diese Kompetenz umfasse nicht nur, Gefahren im Straßenverkehr zu mindern und abzuwehren, sondern auch Gefahren, die vom Straßenverkehr ausgehen.

Das Ziel der grünen Ampel-Regierung ist es also, den Umweltschutz als eine neue Gefahr in der StVO zu verankern, wobei man sagen muss, unter dem Aspekt des Umweltschutzes kann man demnächst so ziemlich alles verbieten – auch Bratwürste. Der Gesetzesentwurf hat bereits den Bundestag passiert und wird demnächst aller Wahrscheinlichkeit nach durch den Bundesrat gewunken. Demnach gilt dann: Es werden mehr Ausnahmen zugelassen, auf die sich die Gemeinden berufen können, wenn sie etwa an einer Hauptverkehrsstraße Tempo 30 einführen wollen, also entgegen der früheren Fassung des Paragraphen 45 Absatz 1c StVO. Nachträglich kann Henriette Reker daher ihre bereits begonnene und bisher rechtswidrige Verkehrspolitik in Köln rechtfertigen.

Außerdem wird künftig der Umweltschutz als Grund genommen, um etwa Fahrradspuren ausbauen oder neu einrichten zu können. Alle diese Maßnahmen haben das Zeug, Autofahrer auszubremsen. Vor allem eine Änderung dürfte sich aber besonders bemerkbar machen. So können Städte und Gemeinden nach der neuen StVO künftig nah nebeneinander liegende Tempo-30-Zonen sogar verbinden – und zwar bis zu einer Gesamtlänge von 500 Metern. Bisher war nach 300 Metern Schluss. Natürlich ist dem Klima damit mal wieder überhaupt nicht weitergeholfen, aber es werden die Möglichkeiten dazu geschaffen, den Menschen den Verbrenner noch unangenehmer zu machen und sie auf ein E-Auto, E-Roller oder in die Straßenbahn zu zwingen, wollen sie künftig nicht ewig im Stau stehen oder sich mit Tempo 30 von einem Radfahrer überholen lassen und dann keinen Parkplatz mehr finden, da dieser dann ja den E-Fahrzeugen als Aufladestation vorbehalten ist.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

MELDUNG

ZERSTÖRUNG DES MITTELSTANDS SCHREITET VORAN

Berlin/DW. Die Zerstörung des deutschen Mittelstands nimmt immer größere Ausmaße an. Im Juni 2023 erreichte die Insolvenzrate der Unternehmen den höchsten Stand seit 2016. Von Januar bis Juni wurden bereits mehr als 8.400 Insolvenzanträge gestellt, was einer Steigerung von 16,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Besonders betroffen ist davon die Kleidungsbranche. Die Liste der Unternehmen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, wird länger und länger: P&C, Görtz, Gerry Weber, Keller Sports, Klingel, Reno, Hallhuber, nun auch noch Peter Hahn. Grund: Die Kauflaune der Verbraucher sei im Keller, u. a. wegen der hohen Inflation, was insbesondere der Einzelhandel zu spüren bekäme. (kmü)

DEUTSCHE WIRTSCHAFT SCHRUMPFT WEITER

Frankfurt am Main/DW. Die deutsche Wirtschaft ist laut Bundesbank im dritten Quartal 2023 »etwas geschrumpft«. Die Auslandsnachfrage nach Industrieprodukten war weiterhin schwach, wie es im Monatsbericht der Bundesbank für Oktober heißt. Gestiegene Finanzierungskosten dämpften zudem die Investitionen, was die Nachfrage im Inland in der Industrie und insbesondere im Bau dämpfe. GfK-Umfragen deuten zudem auf eine hohe Sparneigung der Verbraucher hin. Eine erste Schätzung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das dritte Quartal wird das Statistische Bundesamt am 30. Oktober veröffentlichen. (kmü)

AMAZON ERSETZT ZUNEHMEND MENSCHEN DURCH ROBOTER

München/DW. Amazon hat zwei neue Roboter namens Digit und Sequoia eingeführt, um die Auslieferungen zu beschleunigen, was bei den Beschäftigten in den Auslieferungszentren die Befürchtung weckt, dass der E-Commerce-Gigant seine Belegschaft reduzieren könnte. Dies berichtet das Newsportal *uncutnews.ch*. Digit könne »Gegenstände in Räumen und Ecken von Lagerhäusern auf neuartige Weise bewegen, greifen und handhaben«, erklärte das Unternehmen in einem *Blog*-Beitrag. Sequoia solle helfen, Kundenbestellungen schneller zu erfüllen. Amazon hat bereits 750.000 Roboter im Einsatz. Ziel ist offenbar, den Menschen ganz abzuschaffen. (kmü)

GOLDPREIS NAHE AM REKORDHOCH

Frankfurt am Main/DW. Der Gaza-Konflikt treibt den Goldpreis in die Höhe. Nachdem er über Monate sank, schnellte der Preis seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober um rund zehn Prozent nach oben. Derzeit liegt die Krisenwährung nahe der Marke von 2.000 US-Dollar nur knapp unter dem Allzeithoch von vor drei Jahren. Steigende Ölpreise und sinkende Aktienkurse treiben Anleger in sichere Häfen wie Gold. (kmü)

GAZA: WELCHE ROLLE SPIELT DAS ERDGAS?

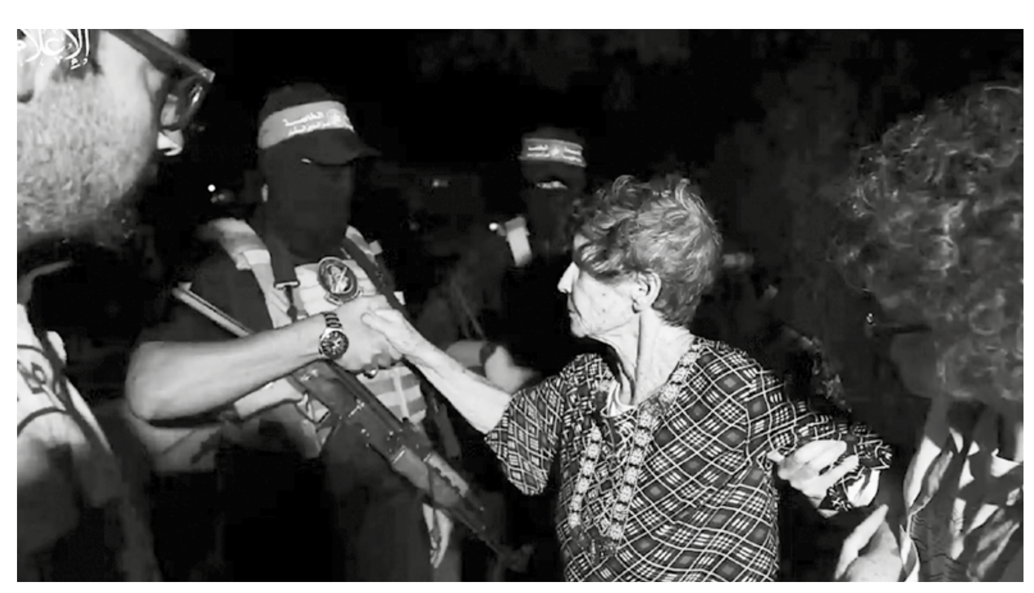
Zu den wirtschaftlichen Implikationen des neuen Nahost-Konflikts | Von Ernst Wolff

Etwa 30 Kilometer vor der Küste des Gazastreifens liegt das Erdgasfeld Gaza Marine, dessen Reserven auf ca. 30 Milliarden Kubikmeter geschätzt werden. Gaza Marine wurde in den späten 1990er Jahren entdeckt. Nach einer im Jahr 1999 getroffenen Vereinbarung zwischen der israelischen Regierung und der Palästinensischen Autonomiebehörde gehört es der Palästinensischen Autonomiebehörde, darf aber nicht ohne israelische Zustimmung entwickelt werden.

Die Gaza-Marine-Lizenz umfasst das gesamte Meeresgebiet vor der Küste des Gazastreifens. Die Lizenz wurde 1999 von der Palästinensischen Autonomiebehörde an British Gas und die in Monaco ansässige Handelsgesellschaft CC Oil & Gas vergeben. British Gas wurde zum Betreiber des Lizenzgebiets ernannt. British Gas gehörte 1999 zum britischen Energiekonzern Centrica, zu dessen Hauptaktionären Vanguard und BlackRock zählen. Nach der Übernahme von British Gas durch Shell erwarben CC Oil & Gas und der Palestinian Investment Fund die Beteiligung von Shell an dem Projekt, so dass beide Parteien jeweils 50 % der Anteile besitzen.

Die israelische Regierung hat die Erschließung von Gaza Marine jahrelang verhindert. Da die Hamas, die 2007 die Kontrolle über den Gazastreifen übernommen hat, nicht nur ein erbitterter Gegner Israels, sondern auch der palästinensischen Autonomiebehörde ist, kam kein gemeinsamer Widerstand gegen die israelische Politik zustande.

Am 18. Juni 2023 geschah dann etwas für Außenstehende vollkommen Überraschendes. Israels Ministerpräsident Netanjahu kündigte an, dass Gaza Marine gemeinsam von Israel, Ägypten und der Palästinensischen Autonomiebehörde ohne Berücksichtigung der Hamas erschlossen werden soll. In einer von Netanjahus Büro veröffentlichten Erklärung hieß es, die Erschließung dieser Ressource werde »im Rahmen der bestehenden Bemühungen zwischen dem Staat Israel, Ägypten und der Palästinensischen Autonomiebehörde erfolgen, wobei der Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen Entwicklung Palästinas liegt«.



»SCHALOM«

Die 85-Jährige Israelin Yosheved Livshitz wurde am 7. Oktober 2023 von der Hamas aus dem Kibbuz Nir Oz in den Gazastreifen als Geisel verschleppt. Gemeinsam mit der 79-jährigen Nurit Yitzhak konnte sie am Montag, den 23. Oktober 2023, nach Verhandlungen wieder nach Israel zurückkehren. Bei ihrer Freilassung machte sie kehrt, um sich von ihrem Entführer zu verabschieden. Sie reichte ihm die Hand und sagte: »Schalom« (dt. Frieden). Der Hamas-Mann nahm ihre Hand, offensichtlich berührt, nickte und winkte zum Abschied. Yosheved Livshitz gab später zu Protokoll, dass ihre Entführung quer über ein Motorrad hängend »die Hölle« gewesen sei, später in Gaza seien sie und ihre Mitgeiseln jedoch gut behandelt worden. Noch immer werden rund 220 Zivilisten von der Hamas festgehalten, darunter auch der Ehemann von Yosheved Livshitz.

Das angebliche Interesse der israelischen Regierung am Wohl Palästinas war offensichtlich geheuchelt, denn es war klar: Netanjahus Entscheidung würde die Wut der Bewohner des Gazastreifens auf die israelische Regierung zwangsläufig verschärfen und die Wahrscheinlichkeit weiterer Anschläge durch die Hamas erhöhen.

Was aber hat Netanjahu zu seiner Kursänderung bewogen? Ein Blick auf die Hintergründe kann da weiterhelfen: Seit Dezember 2016 laufen in Israel juristische Ermittlungen gegen Netanjahu. Im November 2019 wurde er offiziell wegen Untreue, Annahme von Bestechungsgeldern und Betrug angeklagt, was dazu führte, dass er seine Ministerämter aufgab und nur das Amt des Ministerpräsidenten behielt. Der Prozess gegen ihn begann im Mai 2020. Seit Beginn des Prozesses ist es in der Öffentlichkeit zu zahlreichen Großdemonstrationen gegen Netanjahu gekommen, an denen sich hunderttausende Israelis beteiligt haben. Diese Proteste haben seit Januar 2023 erheblich zugenommen, als Netanjahu auch noch eine Justizreform auf den Weg brachte, die seiner Regierung eine Mehrheit in einer für die Auswahl von Richtern zuständigen Kommission verschaffen und dem Parlament darüber hinaus ermöglichen sollte, sich über Entscheidungen des Gerichts hinwegzusetzen.

Bis zu dem Zeitpunkt, an dem Netanjahu den Erdgas-*Deal* mit Ägypten und der palästinensischen Autonomiebehörde abschloss, hatten rund eine Million Israelis, das sind mehr als zehn Prozent der Bevölkerung, an den Protesten (DW berichtete) teilgenommen.

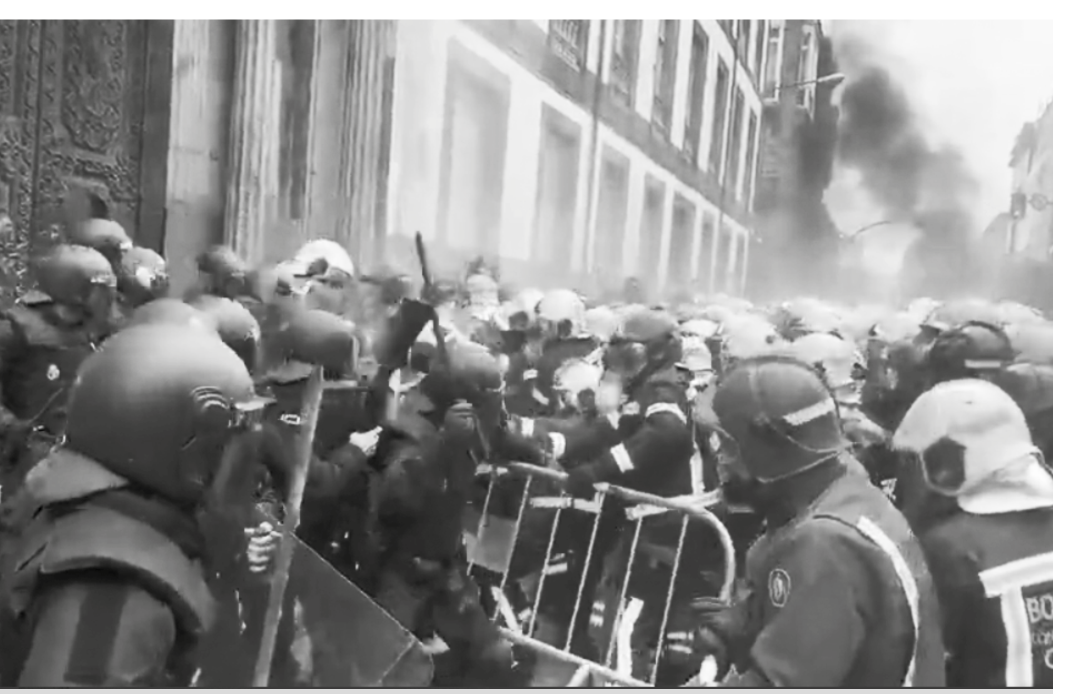
Man sieht also: Der israelische Regierungschef stand und steht mit dem Rücken zur Wand und ist auf die Unterstützung mächtiger Verbündeter angewiesen. Um wen es sich dabei handelt, lässt sich bei geschichtlicher Betrachtung unschwer erkennen: Israel ist der treueste Vasall der USA im Nahen Osten und sowohl wirtschaftlich als auch finanziell und militärisch weitgehend von der Wall Street und dem Silicon Valley abhängig. Netanjahu selbst ist Harvard- und MIT-Absolvent, hat seine ersten Berufserfahrungen bei der Boston Consulting Group gesammelt und ist wie auch Joe Biden Contributor des Weltwirtschaftsforums.

Dass Netanjahu den größten Profiteuren des aktuellen Krieges bereits im Juli 2023 mit der Bestellung von 25 Tarnkappenbombern zum Preis von 3 Milliarden US-Dollar seine Verbundenheit gezeigt hatte und dass die US-Regierung sich nun mit einem »noch nie dagewesenen« Hilfspaket bei Netanjahu für dessen willkommene Zuarbeit bedankt, dürfte daher kaum Zufall sein Für die Zukunft bedeutet die aktuelle Situation nichts Gutes, denn die US-Finanzwelt steht vor gewaltigen Verwerfungen – und Netanjahus Unterstützer an der Wall Street und im Silicon Valley werden mit Sicherheit nicht freiwillig auf die gewaltigen Einkünfte verzichten, die durch eine Ausweitung des Krieges noch üppiger sprudeln werden.



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022).

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net, wo er als Audiostrecke einhörbar ist. Wir danken Autor und Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.



Zusammenstöße zwischen Feuerwehrleuten und Polizisten in Orense in Spanien am 23. Oktober 2023. Die Feuerwehrleute in der Region Galizien streiken seit vier Monaten für bessere Arbeitsbedingungen. Foto: Telegram

MELDUNG

WIE EIN UHRWERK

Bern/DW. Bei den Schweizer Parlamentswahlen wurde die als rechtspopulistisch titulierte Schweizerische Volkspartei (SVP) stärkste Kraft. Hochrechnungen ergaben für sie am Wahlabend 28,6 Prozent; die Grünen der Schweiz stürzten auf 9,4 Prozentpunkte ab. Am Mittwochmittag, 25. Oktober 2023 gab das Schweizer Innenministerium bekannt, es habe »einen Fehler bei der Berechnung« gegeben. Dieser bescherte den linken Parteien einen leichten Zuwachs und der SVP eine Schrumpfung auf 27,9 Prozent. Was diese Korrektur für die anstehenden Koalitionsverhandlungen bedeutet, wird von unabhängigen Wahlbeobachtern untersucht. (hes)

BUNDESREGIERUNG GEGEN HUMANITÄRE WAFFENRUFE

New York/Brüssel/DW. UN-Generalsekretär António Gutteres forderte am 24. Oktober 2023 eine humanitäre Waffenruhe im Nahost-Konflik, um die Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen sicherzustellen. Auch Brasiliens Präsident brachte eine solche Forderung ein, die jedoch mit dem Veto der US-Regierung abgelehnt wurde. Die Bundesregierung stellte sich somit ebenfalls gegen eine humanitäre Waffenruhe. Auf einem EU-Gipfel in Brüssel nach Redaktionsschluss am 26. und 27. Oktober 2023 soll über die Forderung Gutteres diskutiert werden. Eine Vielzahl von EU-Staaten unterstützen die Waffenruhe, darunter Frankreich, Spanien, Belgien und Irland. (hes)

SOZIALKREDITSYSTEM IN UNGARN

BUDAPEST/DW. Wie der renommierte Wissenschafts- und Politikblog tkp.at berichtet, wird in Ungarn seit 2020 zunehmend ein Sozialkreditsystem eingeführt. So wurde in im Gesundheitsbereich ein Bewertungssystem installiert. Vorgesetzte bewerten dabei mit vom Innenministerium festgelegten Kriterien ihre Unterstellten. Die nach diesen Kriterien Besten erhalten Sonderzahlungen, die von den schlechtesten gegebenenfalls abgezogen werden, heißt es dort.Der Öffentlichkeit wurde die Einführung mit dem Diktum der Qualitätssicherung erklärt. Auch im Schulwesen gibt es Pilotprojekte. (hes)

PARTEIGRÜNDUNGEN ÜBERALL

Amsterdam/DW. In den Niederlanden kam es zu einer neuen Parteigründung, die nach Umfrageergebnissen die stärkste Kraft des Landes werden kann. Die vom ehemaligen Christdemokraten Pieter Omtzigt gegründete Partei Neuer Gesellschaftsvertrag (Nieuw Sociaal Contract, NSC) wird als sozialkonservativ beschrieben und fordert grundlegende Verfassungsreformen wie die Schaffung eines Verfassungsgerichts, eine Reform es Wahlsystems sowie eine ausreichende Grundversorgung in den Bereichen Pflege, Ernährung und Wohnen. (hes)

»Die Verbl weit fortge

Journalistin Milena Preradovic redet Klartext übe die blind den gängigen Narrativen folgen | Intervie



Früher interviewte Milena Preradovic Weltstars wie Michael Douglas, Tom Hanks und Harrison Ford. Heute ist die 60-Jährige erfolgreich mit Ihrer YouTube-S und dem Podcast »Nacktes Niveau«, den sie gemeinsam mit Ex-DW-Kolumnist Dr. Paul Brandenburg betreibt. Foto: Katja Palle.

DW: Frau Preradovic, auch wenn die meisten Sie längst kennen, bitte stellen Sie sich kurz vor.

Milena Preradovic: Ich wurde als Tochter einer österreichischen Skiläuferin und eines serbischen Chirurgen in Bochum geboren. Nach einem Volontariat landete ich beim Radiosender *Antenne Bayern*. Von 1992 bis 1997 habe ich das *RTL*-Mittagsmagazin »Punkt 12« und später mit »Im Kreuzfeuer« den ersten Polit-*Talk* des Senders moderiert. 1996 gehörte ich neben Rudi Carrell und Mike Krüger zur Stammbesetzung der ersten Staffel von »7 Tage, 7 Köpfe«. 1997 wechselte ich zu *Sat.1*, moderierte dort mit Dieter Kronzucker das Magazin »Spot«. Bis 2010 war ich Nachrichtenmoderatorin bei *N24*, von 2009 bis 2018 redaktionell bei *Servus TV* tätig.

DW: Im Februar 2020 sind Sie mit Ihrem YouTube-Kanal »Punkt. Preradovic« auf Sendung gegangen – also noch vor Corona. Wie kamen Sie auf die Idee?

M.P.: Ich hatte mit einem Freund angefangen, der jedoch nur ein paar Monate dabei blieb. In den ersten vier Interviews ging es mal um den amerikanischen Wahlkampf, mal um Versicherungen, mal um E-Autos. Es war kein strategisches Projekt. Ich wollte einfach nur gucken: Was geht für eine alte Tante wie mich noch bei YouTube? Dann kam Corona und hat alles verändert.

DW: Sie haben heute rund 115.000 Abonnenten. Hätten Sie damit einst gerechnet?

M.P.: Nie und nimmer. Zumal ich damals noch ein YouTube-Analphabet war. Es ist eine verrückte Geschichte. Nennen wir es Schicksal.

DW: Wann fingen Sie an, in Sachen Corona stutzig zu werden?

M.P.: Ich wusste sofort: Irgendwas stimmt hier nicht, konnte es zunächst aber noch nicht genau benennen. Dann hatte ich ein Interview mit Dr. Wolfgang Wodarg, der mir alle meine Fragen beantwortete. Mir war klar, dass alles stimmt, was er sagt. Das Video mit ihm war für mein Format ein Meilenstein: Obwohl ich zum damaligen Zeitpunkt nur 57 Abonnenten hatte, wurde das Interview 1,6 Millionen Mal abgerufen. Die Leute erkannten, dass Wodarg ein wahrhaftiger Mensch ist. Nur drei Tage später begann die konzertierte Diffamierungskampagne der Leitmedien gegen ihn, initiiert von Christian Drosten und dem *Correctiv*-Faktencheck. Alle machten mit. Von da an hat sich mein Weltbild komplett verändert, obwohl ich auch vorher schon kritisch war und nicht dem Narrativ nachgelaufen bin.

DW: Inwiefern?

M.P.: Schon beim Jugoslawien-Krieg in den 90er-Jahren fiel mir auf, dass einiges, was in den Medien verbreitet wurde, nicht stimmt. Sowohl bei *Antenne Bayern* als auch später bei *RTL* habe ich mich mit anderen als den üblichen Einordnungen aus dem Fenster gelehnt, ohne mich dabei auf eine Seite zu stellen, wozu man damals bereits angehalten wurde. Ich wollte nur informieren, was mir die eine oder andere anonyme Morddrohung einbrachte. Heute hinterfrage ich alles, verfüge über eine gute Logik und überprüfe, was ich denke. Es dauert, bis ich mir eine Meinung bilde.

DW: Sie kommen aus den *Mainstream*-Medien. Wie blicken Sie heute auf die Arbeit Ihrer Berufskollegen?

M.P.: Ich kann mich gut in die Situation der Kollegen hineinversetzen und weiß: Sie befinden sich in einer Blase, in der sie sich immer wieder gegenseitig bestätigen. Sie wähnen sich auf der richtigen Seite. Ich glaube nicht, was viele vermuten, dass sie alle gekauft sind oder sie ihre Arbeit wider besseres Wissen verrichten. Vielmehr ist es so, dass sie die Wahrheit gar nicht wissen wollen oder sie verdrängen. Ehemalige Kollegen haben mir stolz berichtet, dass sie sich nicht auf der anderen Seite des Flusses, also in den unabhängigen Medien, informieren. Das finde ich erstaunlich.

DW: Haben Sie noch Kontakt zu ehemaligen Kollegen?

M.P.: Nur wenig. Ein paar von ihnen sind heimlich kritisch und geben mir in vielen Punkten recht. Wer bei einem Leitmedium oder beim ÖRR arbeitet und sich als Hinterfragender *outet*, verliert seinen Job, seine Freunde – denn das sind oft die Kollegen – möglicherweise sogar seinen Lebenspartner. Den Mut, das alles zu riskieren, haben nur wenige. Niemand von ihnen möchte ausgestoßen werden. Das finde ich sehr schade. Gegen meine innere Überzeugung zu arbeiten, das könnte ich gar nicht. Aber nochmals: Viele wollen die gängigen Narrative nicht hinterfragen, um gar nicht erst in diese Zwickmühle zu geraten. Die Welt ist voll von diesen Leuten: Journalisten, Wissenschaftler, Ärzte, Juristen, Künstler ... Jeder von ihnen weiß genau, wo die Grenze zum vermeintlich Bösen verläuft. Ich gehöre längst zu den Bösen.

DW: Haben sich während Corona Ex-Weggefährten von Ihnen abgewandt?

M.P.: Klar, einige. Eine frühere *RTL*-Kollegin schrieb mir: »Ich finde, du bist eine gute Journalistin.« Was sie mir damit indirekt sagen wollte, war, dass alle über mich abgelästert haben. Ein Kollege teilte mir in den sozialen Medien mit, dass er mich früher mal eine für eine gute Journalistin hielt. Ich erwiderte: »Damals waren wir einer Meinung, jetzt haben wir unterschiedliche Ansichten.« Und zack war ich geblockt.

»VIELE MENSCHEN HABEN INZWISCHEN EINE ANDERE VORSTELLUNG VON DEMOKRATIE«

DW: Sie waren 2009 fünf Monate Redaktionsleiterin bei »Lanz«, als er noch die Sommervertretung für Kerner war. Ein Job, der heute undenkbar wäre, oder?

M.P.: Ja, für alle Seiten.

DW: Aber mal angenommen, Sie würden Markus Lanz für eine Sendung vertreten: Was wäre das Thema, wer Ihre Gäste?

M.P.: Ich würde Karl Lauterbach, Christian Drosten, Klaus Cichutek, Sucharit Bhakdi, Wolfgang Wodarg, Andreas Sönnichsen und Stefan Hockertz einladen, so dass sie endlich mal miteinander über die Risiken der sogenannten Corona-Impfung debattieren könnten. Ich bin mir aber sicher: Die drei Erstgenannten würden der Einladung nicht folgen. Denn in dem Moment, wo sie die Gegenseite sprechen lassen und darauf reagieren müssten, würden ihre Narrative in sich zusammenfallen, diese den Fakten nicht mehr standhalten. Deswegen vermeiden sie die Konfrontation und agieren totalitär. Es ist unfassbar: Ein Diskurs gegensätzlicher Ansichten findet seit dreieinhalb Jahren nicht mehr statt. Es wird stets völlig einseitig berichtet und debattiert.

DW: Das müsste eigentlich jedem auffallen.

M.P.: Es fällt auch vielen auf, aber die Leute denken nicht weiter, sie ziehen keine Schlüsse daraus. Über die Spritze wollen die meisten schon deshalb nicht reden, weil sie sich diese haben reinjagen lassen. Sie müssten sich also einen Fehler eingestehen. Bei mir verfestigt sich der Eindruck, dass die Menschen an Denkvermögen eingebüßt haben. Kein Wunder, schließlich hindern permanente Panikmache und Angst sie nachweislich am Denken. Viele haben darauf auch keine Lust mehr, weil das alles über ihren Horizont hinausgeht. Die Verblödung ist bereits weit fortgeschritten. Was noch schlimmer ist: Viele Menschen haben inzwischen eine andere Vorstellung von Demokratie.

DW: Wie meinen Sie das?

M.P.: Sie finden es normal, dass Meinungen, die von ihrer eigenen abweichen, unterdrückt und zensiert werden. Die vergangenen drei Jahre haben Spuren hinterlassen. Alles wird in orwellscher Manier umgedeutet: Krieg ist jetzt Frieden. Und die Meinungsfreiheit, früher ein hohes Gut, ist für viele kein fester Bestandteil der Demokratie mehr. Dies ist die Folge der Propagandaschlacht. Die Leute fühlen sich angegriffen, wenn jemand andere Ansichten hat. Sie haben ihren Demokratiekompass komplett verloren. Man könnte auch sagen: Er wurde neu justiert. Aber nur durch die Unterdrückung anderer Meinungen sind so absurde Dogmen wie beispielsweise die vom menschengemachten CO_2, das den Planeten zerstört, überhaupt möglich. Nur deshalb werden Andersdenkende sofort als Leugner diffamiert.

DW: Wie würden Sie jemanden, der die vergangenen dreieinhalb Jahre nicht miterlebt hat, erklären, was in dieser Zeit passiert ist?

M.P.: Die Welt ist verrückt geworden. Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Wir erleben eine Neuauflage des Kampfes David gegen Goliath. Es geht um eine Elite, die Angst hat, Geld und Macht zu verlieren. Möglicherweise weil das Finanzsystem am Ende ist. Diesen Profiteuren geht es darum, das bestehende System zu ihren Gunsten zu verändern, indem man die demokratischen Rechte der Bürger einschränkt. Das ist heute dank fortgeschrittener Technik leicht möglich. Aber die Digitalisierung ist ein zweischneidiges Schwert, denn schließlich

lödung ist eschritten«

er frühere Berufskollegen und Menschen,
w von Klaus Müller



endung »Punkt. Preradovic«

hat der »Pöbel« dadurch im Gegensatz zu früher, als es nur die »Tagesschau« und die Tageszeitung gab, die Möglichkeit, sich aus alternativen Quellen umfassend zu informieren. Ich glaube, die freien Medien stellen für das *Establishment* eine große Bedrohung dar.

DW: Schauen Sie noch ÖRR, *RTL* & Co?
M.P.: Sehr viel sogar. Ich verstehe jeden, der sich das nicht mehr antun möchte. Aber einer muss es machen. *(lacht)* Ich bin ein leidenschaftlicher *News-Junkie*. Mein Tagesablauf sieht so aus: Morgens schalte ich im Bett den Fernseher an, schaue mir »Das Morgenmagazin« an und bin froh, wenn nicht Dunja Hayali moderiert. Danach hole ich mir aus der Küche einen Kaffee und sichte auf meinem Tabletcomputer eineinhalb Stunden lang die Leitmedien. Dabei kann ich prima entspannen. Vieles nehme ich mit Humor. Anders geht es nicht. Es ist wichtig, nicht in jede Empörungswelle miteinzusteigen. Dass mir das gelingt, habe ich meiner journalistischen Ausbildung zu verdanken. Ich habe zahlreiche *Live*-Situationen erlebt, in denen mir zum Heulen zumute war. Aber als Profi muss man seine Emotionen im Griff haben. Privat sieht es anders aus, schließlich bin ich ein empathischer Mensch.

DW: Zuletzt forderten *Mainstream*-Medien bereits wieder zum Maskentragen auf. Glauben Sie, dass es ein Corona-*Comeback* geben wird?
M.P.: Natürlich werden sie versuchen, ihre Plörre zu verspritzen. Aber ich denke, sie wissen genau, dass eine erneute Corona-Nummer jetzt nicht mehr funktionieren würde. Deshalb werden sie sich was Neues einfallen lassen. Damit rechne ich nächstes oder übernächstes Jahr zur Bundestagswahl. Möglicherweise wieder was mit Viren. Lassen wir uns überraschen.

»AUF DER EINEN SEITE SIND MACHT UND GELD, AUF UNSERER DIE FAKTEN«

DW: Fühlen Sie sich heute manchmal wie in einem Science-Fiction-Film?
M.P.: Nein, eher wie in einem Endzeit-Thriller. Aber nur manchmal, weil ich viel für meine geistige und seelische Verfassung tue. Ich bin zusammen mit meinem Pudel oft in der Natur unterwegs, umgebe mich mit bodenständigen Menschen, die ähnlich ticken wie ich. Zudem gönne mir gerne mal ein leckeres Essen, hin und wieder auch ein Gläschen guten Wein. Das alles sind Dinge, die mir guttun. Ich habe nichts davon, wenn ich im Widerstand meine Gesundheit ruiniere. Ein Bodo Schiffmann beispielsweise hat sich so sehr aufgerieben, dass man ihm bei seinem körperlichen Zerfall zuschauen konnte. Ich fand seinen bedingungslosen Einsatz großartig, aber sich selbst hat er damit keinen Gefallen getan. Gesundheit ist das Allerwichtigste. Ich habe in der Corona-Zeit übrigens eine gewisse Angstfreiheit entwickelt. Heutzutage ist alles möglich, etwa dass einem morgen das Konto gesperrt oder das Haus konfisziert wird. Aber ich mache mir nicht mehr so viele Gedanken über morgen, sondern lebe lieber im Hier und Jetzt.

DW: Sie sprachen vorhin von einem Kampf David gegen Goliath. Glauben Sie, dass wir diesen gewinnen können?
M.P.: Wir sind in der Rolle des David, also nicht der Favorit. Es ist so, als würde Frankreich im Fußball gegen Island spielen. Man könnte auch sagen: Auf der einen Seite sind Macht und Geld, auf unserer die Fakten. Aber wir wissen nicht, wie es ausgeht. Das Ding ist noch lange nicht entschieden. Viele Leute sind ungeduldig, sie glauben: Wir müssen jetzt die Wende schaffen. So einfach und schnell geht es nicht. Wir befinden uns noch nicht mal in der zweiten Halbzeit. Es ist ein Marathon, ein zäher Kampf, kein Sprint. Und es wird noch viel schlimmer kommen. Es gibt ständig neue Attacken wie etwa den *Digital Service Act* (DW berichtete/Anm. d. Red.). Aber ich bin mir sicher: Ohne unseren Widerstand der letzten Jahre würde es heute bereits ganz anders aussehen.

DW: Inwiefern?
M.P.: Sie hätten auf jeden Fall die Impfpflicht durchgesetzt. Fast jeder wäre durchgespritzt, die anderen würden womöglich in Lagern sitzen. Die Demokratie wäre schon deutlich mehr eingeschränkt und es würde keine freie Rechtsprechung mehr geben. Das zeigt: Es lohnt sich zu kämpfen.

DW: Worauf wird es ankommen?
M.P.: Es geht um zivilen Ungehorsam. Wir dürfen einfach nicht mehr mitmachen, müssen uns verweigern. Ebenso wichtig ist die Aufklärung. Da sind alle gefragt. Nicht nur wir unabhängigen Journalisten, sondern jeder Einzelne. Es ist ein gemeinschaftlicher Kampf. Wobei wir nicht wissen, wie groß der Widerstand bereits ist. Klar, es gibt die Ungespritzten. Aber die größte Gruppe sind wohl diejenigen, die noch nicht so genau wissen, wohin sie gehören. Es ist wie bei den US-Wahlen: Da kommt es vor allem auf die sogenannten *Swing States* (Staaten, in denen beide große Parteien eine ausgeglichene Chance auf den Wahlsieg haben/Anm. d. Red.) an. Bei uns macht diese Gruppe schätzungsweise 40 Prozent aus. Vor allem für sie mache ich meine Sendung. Wenn mir Menschen schreiben: »Aufgrund Ihres Interviews mit Wolfgang Wodarg habe ich mir das Gift nicht reinjagen lassen«, freue ich mich und schreie ganz laut: Yes!

DW: Frau Preradovic, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Im Kampf gegen den täglichen Wahnsinn: Milena Preradovic tut viel für ihre geistige und seelische Gesundheit, ist beispielsweise oft mit ihrem Pudel in der Natur unterwegs. Foto: Katja Palle.



Das Letzte – von Anselm Lenz

**SEHR GEEHRTE DAMEN,
NICHT MINDER GESCHÄTZTE HERREN,
HALLO KINDER!**

Ich gebe zu, dass es mir diesmal sehr schwerfällt, meinen konkreten Arbeitsanteil an dieser Ausgabe zu Ende zu bringen. Die Bewegung nimmt Abschied von einem ihrer entschiedensten Aktivisten, dem auch diese DW-Ausgabe gewidmet ist. »Er stand (und steht) ausdrücklich und felsenfest an der Seite der neuen deutschen Freiheits-, Friedens-, Demokratie- und Verfassungsbewegung aus dem Volk. Wir trauern um den parteilosen Lehrer, Philosophen, Schriftsteller und Aktivisten (!) der Bewegung: Gunnar Kaiser.« So steht es auf der Startseite von NichtOhneUns.de.

Da Gunnar Kaiser (* 9. Juni 1976 † 12. Oktober 2023) durchaus nicht nur eine Internet-Ikone war (und ist), will ich mal ein paar sachtere Worte anschlagen, die damit umso deutlicher machen, welches Format ein Mensch als solcher haben kann. Denn die Berufsbezeichnungen sind austauschbar. Er hätte auch anstellungsloser Kfz-Mechaniker mit unglücklicher Scheidung und krumm gearbeiteten Rücken sein können – gewissermaßen –, und wäre keinesfalls weniger wert der Hochachtung.

Kaiser ist nicht der bedeutendste oder bahnbrechendste Philosoph aller Zeiten, das behauptete er selber nicht, aber ungewöhnlich brauchbar, anregend und dem couragierten »Eingreifenden Denken« (Bert Brecht!) fähig. Ich erinnere mich an eine ganze Anzahl an Demonstrationen und Spaziergängen mit ihm – mit und ohne Bühnen. Darunter die meines Erachtens besten aller Demos bislang in Kassel (Grüße an Sunny!).



Gunnar Kaiser im Gespräch mit DW-Herausgeber Anselm Lenz. Foto: Videostill

Er, der Lehrer, der viele seiner Schüler vor der Corona-Lüge, den Todesinjektionen, der endlosen Lügerei und Kriegstreiberei bewahrte, hinterlässt ein Werk und – in diesem Bild – eine ganze Werkstatt. Ich habe für meinen Teil bereits vor Monaten meinen Abschied von Gunnar Kaiser genommen – verbunden mit einem persönlichen Versprechen!

Wir ehren den Aktivisten der Bewegung, aber eben auch einen wirksamen Philosophen und vielgelesenen Schriftsteller, der in einem Moment, in dem nicht nur sein Denken, sondern sein handelndes Eingreifen gebraucht wurde, da war – und der nur 47 Jahre alt wurde. Ich bin mir leider sicher: Das Regime hat Gunnar Kaiser – auf die eine oder andere Art – auf dem Gewissen. Sie haben ihn umgebracht, aber Gunnar Kaiser BLEIBT!

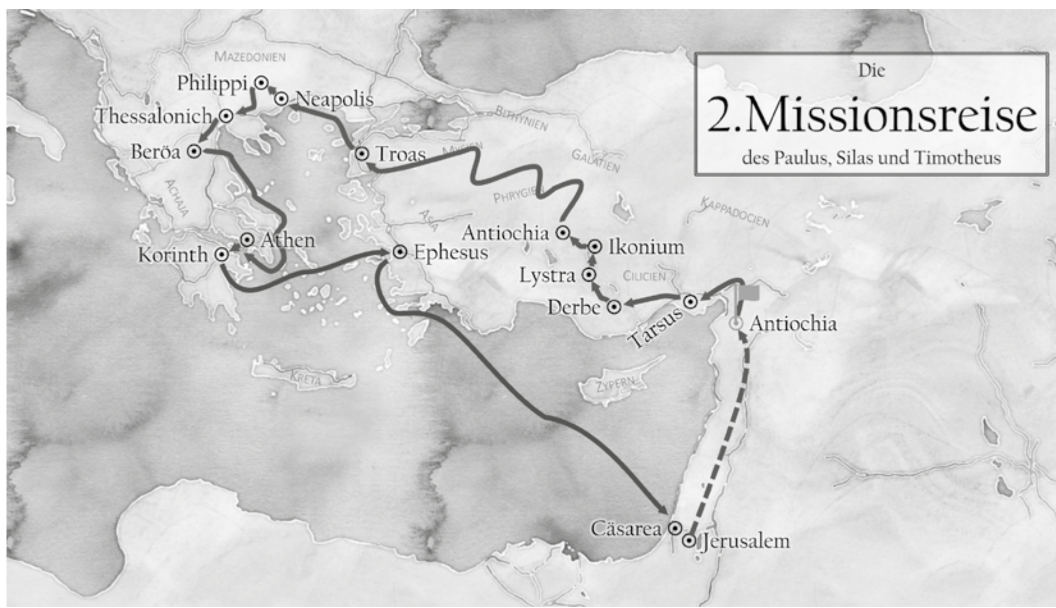
Vorwärts! Voran! Weitermachen!
Deutschland steht auf, w.z.b.w.

KEIN KREUZZUG, CHRISTLICHE AUFLOCKERUNG

Von Regine Radke, Hendrik Sodenkamp, Anselm Lenz

Die Wüstensöhne gehen mal wieder aufeinander los. Wir sind säkulare Christen und haben ein anderes Angebot, das wir gern in aller Bescheidenheit vortragen möchten: Die christliche Friedenswallfahrt unter Teilnahme von Hunderttausenden, besser Millionen friedlicher Menschen. Denn was nützt die Liebe in Gedanken?

Es ist an der Zeit für das christliche Element unter den drei Schriftreligionen, um die Friedensbotschaft Jesu in einer ziemlich trockenen, staubigen und hitzköpfigen Gegend zu verbreiten, die viel zu oft mit Blut getränkt, und viel zu selten gewässert wird. So meint eine wachsende Anzahl säkularer Christen. Ob sie damit richtig liegen?



»Paulus fragte, wer bist Du? Dieses Wissen allein aber genügte ihm nicht! Viel wichtiger war die daraus sich ihm ergebende Frage, was denn zu tun sei.« (Regine Radke, Himmelsblick Weimar an DW) Grafik: Etgladium/CC

Denn wäre die zivile Pilgerung zu unseren Ursprüngen im Heiligen Land mal wieder einer jener übereifrigen bis haltlosen Versuche, den Israel-Palästina-Konflikt von Rom – oder gar von Deutschland aus – lösen zu wollen? Oder nichts als nur ein Spaziergang? Wir meinen: Keine Lösung, aber eine Auflockerung! Und ein liebenswertes, ein tätiges Zeichen echter Verbundenheit, wenn wir Christen unseren Brüdern und Schwestern, den Juden und Moslems, die höchste Achtung erweisen. Wir haben auch etwas anzubieten, etwas zu geben.



Malerei des Saint Paul von Bartolomeo Montagna (1482). Bildausschnitt: Google Cultural Inst.

Der deutsche Widerstand steht zur Ökumene der Christen untereinander und im Grunde, so meinen die Autoren, auch aller drei abrahamitischen Schriftreligionen: Beten wir Juden, Moslems und Christen nicht ein- denselben Gott unter anderen Namen an? Zumindest wäre allein der Gedanke ein Anlass, uns gegenseitig zu beschützen, die Unterschiede in feierlichem Austausch zu pflegen, freundlich zueinander zu sein wie Fremde, die einander mit sehr guten Manieren begrüßen – und die Unschuldigen vor dem größten Unglück und dem bittersten Zorn der Hitzköpfigen zu bewahren! Im Grunde lieben wir einander doch.

VOM SAULUS ZUM PAULUS

Nach einer Zeit der Besinnung wanderte Saulus ein Vierteljahrhundert lang zu den seine Botschaft aufnehmenden – oder ihm ans Leben wollenden – Menschen. Furchtlos und gewaltig war seine Rede und er erreichte und wandelte die Herzen. Der Konflikt im heiligen Land dauert immer noch fort. Er ist also 2.000 Jahre alt und doch so jung und aktuell. Paulus war der erbittertste Verfolger der Christen gewesen, aber er wurde zu ihrem großen Verkünder.

Die sich bekämpfenden Israelis und Palästinenser brauchen heute mehr denn je die Hilfe der Welt. Alle, die in sich etwas vom Christus verlebendigt haben, können helfen, dass jenseits von Hass und Gewalt dieser Konflikt befriedet wird in einer Koexistenz und im friedlichen, besonnenen Austausch. Dahin gehört die Auseinandesetzung.

Die verhängnisvolle Verbindung von Politik und Religion ist zur Radikalisierung von Gewalt verdammt. Die fehlende Religion wird bei uns durch die Wissenschaft ersetzt, die von der Politik mittlerweile wahnhaft instrumentalisiert wird und zu der gleichen Radikalisierung führt. Goethe sagte, wer Wissenschaft hat, der hat auch Religion. Er fand über das Studium der Natur… Gott! Weil er die Wissenschaft künstlerisch, also dem Gegenstand entsprechend, lebendig-organisch betrieb. Daher sagte er nicht vor 2.000, aber vor 200 Jahren: Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, hat auch Religion; wer jene beiden nicht besitzt, der habe Religion. Also, ohne Religion geht nichts.

Paulus wurde durch die Erfahrung des Christus, seine wahrhaftige Gegenwart, die sich seinem Inneren offenbarte, zu seinem feurigsten Verkünder. Jesus sah in ihm trotz der Morde an den Aposteln und Anhängern das rechte Medium seines Wirkens, weil er ein glühender Eiferer war, hochgelehrt, und immer weiter strebend.

Wenn die christliche Welt den Menschen ins Blickfeld rückt und zum Maß aller Dinge ins Zentrum allen Wirkens stellt, kann nur die Entwaffnung und der allmähliche Wiederaufbau von Kultur und kulturellem Leben zu gegenseitigem Respekt und Toleranz zielführend sein, wie es in und durch Paulus vor 2.000 Jahren geschah.

DURCHKUNSTUNG MILITÄRISCHER KONFLIKTE?

Die Kunst wird die Welt retten, sagte der russische Dichter und Denker Solowjow. Die Kunst ist eine Waffe gegen den Feind, so Joseph Beuys. Schiller entwickelt den Kunstbegriff als Freiheitsbegriff in seinen ästhetischen Briefen. Rudolf Steiner verlangte von den Lehrern, Schulen, Hochschulen die Durchkunstung aller Gebiete des Lehrens und Lernens, welches durch die Erneuerung aller Lebensgebiete auf der Grundlage der Anthroposophie zwar veranlagt, aber eben auch gelebt werden muß. Der Maler Jonathan Meese ließ es mit infantiler Wucht heraus und verkündete sogar die »Diktatur der Kunst«.

Paulus fragte, wer bist Du? Dieses Wissen allein aber genügte ihm nicht! Viel wichtiger war die daraus sich ihm ergebende Frage, was denn zu tun sei. Dieser Kunstbegriff also ist der Bildungsbegriff schlechthin. Denn, die Kunst hat die Menschheit vorangebracht. Die Arabeske aber ist die ewige Wiederholung des Gleichen. Die Bewahrung des abrahamitischen Ursprunges hatte seinen Sinn bis zur Empfängnis des Jesus. Von da an war das Lebensprinzip auf Erden und mit dem Kreuzestod unauslöschlich der Erde einverleibt.

Der Christuskeim zog damit in die Herzen aller Menschen und wartet auf seine Erwekkung. Darüber kann man ja mal als Hypothese nachdenken. Das ist heute eine in manchen Situationen vielleicht immer noch lebensgefährliche Äußerung. Trotzdem darf Paulus als erster Bekehrter das Vorbild sein für jeden von uns. In ihm entfachte sich das Feuer des »Ich bin«. In seinem glühenden Herzen!



Diktatur der Kunst? Der deutsche Maler Jonathan Meese. Foto: Jan Bauer/2009/CC

Hin Da! KULTURKALENDER

28.10.2023 • Wasserburg am Inn, genaue Adresse wird noch bekannt gegeben • KONFERENZ • »Für den Frieden« mit Eugen Drewermann, Silke Schäfer, Ulrike Guérot, Hans-J. Maaz und Musik von und mit André Krengel (Gitarre) • 10 bis 19 Uhr, Einlass ab 9:00 Uhr • Tickets: 99€ unter *krasser.guru*

03.11.2023 • Köln; Hinterhofsalon, Aachenerstr. 68, 50674 Köln • LESUNG/ MUSIK/ TANZPARTY • »Kreideherz« ein Roman der in den legendären 80er Jahren spielt von Stephan Falk • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr • Tickets: 20€ unter *krasser.guru*

06.11.2023 • Saarbrücken; Congress Centrum Saar, Congresshalle, Hafenstr. 5, 66111 Saarbrücken • VORTRAG • »Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?« von Dr. Daniele Ganser • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 19:00 Uhr • Tickets ab 32,40 € unter 0682 4180181 oder *eventim.de*

07.11.2023 • Koblenz; Rhein-Mosel-Halle, Julius-Wegeler-Str. 4, 56068 Koblenz • VORTRAG • »Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?« von Dr. Daniele Ganser • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 19:00 Uhr • Tickets 32,40€ unter *eventim.de*

07./08./09.11.2023 • Dresden; Stromwerk, Kulturarena im Kraftwerk Mitte 28, 01067 Dresden • FAIR TALK • »Auf Augenhöhe« Thema und Gäste werden noch bekannt gegeben • 19:30 Uhr - 22:30 Uhr • Tickets: 25€ unter *krasser.guru*

08.11.2023 • Hagen; Dogan-Arena, Hochofenstr. 24, 58135 Hagen • VORTRAG • »Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?« von Dr. Daniele Ganser • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 19:00 Uhr • Tickets 32,40€ unter *eventim.de*

10.11.2023 • Bobritzsch; Goldener Löwe, am Goldenen Löwen 5, 09627 Bobritzsch • KONZERT • »Für eine handvoll D-Mark« von Yann Song King und Estéban Cortez • Einlass 18:00 Uhr, Beginn 20:00 Uhr • Tickets an der Abendkasse, Voranmeldung: *info@freibergerforum.de*

16.11.2023 • Riesa; WT Energiesysteme Arena, Am Sportzentrum 5, 01589 Riesa • VORTRAG • »Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?« von Dr. Daniele Ganser • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 19:00 Uhr • Tickets 32,40€ unter *eventim.de*

20.11.2023 • Wasserburg / Inn; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru*

23.-25.11.2023 • Berlin; Xelor Kesselhaus, Mittelbuschweg 10, 12055 Berlin • KONGRESS • »Neue Normalität«, Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie u.a. mit Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Uli Gellermann, Werner Meixner, Hannes Hofbauer und Almuth-Bruder Bezzel • tagsüber • Tickets und weitere Informationen über die Internetseite *ngfp.de*

25.-26.11.2023 • Köln; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • KONFERENZ • »Frieden ohne Nato« zwei Tage mit Michael Ballweg, Blue Flower, Wolfgang Effenberger, Klaus Hartmann, Sabiene Jahn, Dr. Ansgar Klein, Ralf Ludwig u.v.m. • Tickets: Samstag 35€, Sonntag 25€, beide Tage 50€ unter *krasser.guru*

12.12.2023 • Hamburg; Rudolph-Steiner-Haus, Mittelweg 11, 20148 Hamburg • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« ein Abend mit Jens Lehrich • 19:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25€ unter *krasser.guru*

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DIE ABSCHAFFUNG DES MENSCHEN
Wie das Metaversum uns überflüssig macht

Gunnar Kaiser
Europa-Verlage
ISBN: 978-3-95890-516-0



DIE ETHIK DES IMPFENS
Über die Wiedergewinnung der Mündigkeit

Gunnar Kaiser
Europa-Verlage
IBSN: 978-3-95890-504-7



DER KULT
Über die Viralität des Bösen

Gunnar Kaiser
Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-028-0



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN

Gunnar Kaiser
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-3-9



UNTER DER HAUT

Gunnar Kaiser
Berlin Verlag
ISBN: 978-3827013750



ICH-HABE-MITGEMACHT …
Das Archiv des Corona-Unrechts

Burkhard Müller-Ullrich (Hg.)
Kontrafunk Edition
ISBN 978-3-9525739-0-7



RICHTIGSTELLUNG!
Es war noch nie falsch, quer zu denken
Michael Ballweg, Ralf Ludwig
Tiger Press
ISBN: 978-3-910972-02-5



WIR BRAUCHEN EINE NEUE SCHULE

Bianca Höltje
Klarsicht-Verlag
ISBN: 978-3-9858424-2-1



DAS 1x1 DES STAATSTERRORS

Ullrich Mies
Klarsicht-Verlag
ISBN: 978-3985842476



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



100 JAHRE STAATSFUNK

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

Das Radio feiert sich gerade selbst. Fenster zur Welt und Kultur frei Haus. All das soll am 29. Oktober 1923 mit der Berliner Funk-Stunde begonnen haben. Propaganda? Die Nazis, klar. Das ist aber nur die halbe Wahrheit.

Wenn das Radio Geburtstag hat, dürfen Einstein und Goebbels nicht fehlen. Erst die Techniker, sagte der Physiker bei der Funkausstellung 1930, machen wahre Demokratie möglich. Oersted, Maxwell, Hertz. Und jetzt haben wir »die Werke der feinsten Denker und Künstler« in jedem Ohr »und erwecken so die Völker aus schläfriger Stumpfheit«. Wenn da nicht 1933 gewesen wäre.

Nichts gegen Einstein. Vielleicht hat er nicht gewusst, wie der Rundfunk in Weimar organisiert war. Diese große Möglichkeit zur Volksbeeinflussung dürfe nicht Privatfirmen überlassen werden, sagte Karl Stingl, Postminister von 1922 bis 1926. Das Reich war gerade klamm und die Technik noch nicht so weit, um das ganze Land von Berlin aus zu versorgen. Also gründete man neun Regionalgesellschaften und besorgte sich das Kapital von Investoren. Heute würde man sagen: Der Konzernstaat geht auf Sendung.

Bei der Mirag hieß der Hauptaktionär Edgar Herfurth – einer der reichsten Leipziger und Besitzer der *Leipziger Neuesten Nachrichten*, der größten Zeitung in Mitteldeutschland. Ihre Meldungen bekam die Mirag ab Herbst 1926 vom *Drahtlosen Dienst*, der zu 51 Prozent dem Reichsinnenministerium gehörte und das senden ließ, was der Presseabteilung der Regierung in Berlin gefiel.

Damit in der Provinz nichts schiefgehen konnte, bekamen Regionalgesellschaften wie die Mirag Überwachungsausschüsse, besetzt mit Beamten aus Reich und Ländern, die genau das gemacht haben, was der Name des Gremiums versprach. Programmchefs einberufen und absetzen, Sendungen und Manuskripte ablehnen. Die Haushaltsaufsicht lag bei der Post und damit bei der Regierung.

Morgen feiern wir 100 Jahre Staatsfunk, auch wenn die Gremien inzwischen anders heißen und die Drähte oft so fein sind, dass man sie nur schwer erkennen kann. Anstoßen sollten wir auf Bert Brecht und seine Radiotheorie. Jeder ein Sender. Brecht: »Sollten Sie dies für utopisch halten, so bitte ich Sie, darüber nachzudenken, warum es utopisch ist.«

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



THEOLOGISCHER MISSBRAUCH

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Klaus Ebbert

Sie haben sich theologisch
missbrauchen lassen
und zwar über alle erdenklichen Maße
Man solle der Obrigkeit gehorsam sein
Das wäre verbindlich ganz allein

Eine Vorschrift auf einen Vers gebaut
doch auf all die and'ren nicht geschaut
wo so viele Glaubenshelden
sich ganz anders zu Worte melden

Man hat ihnen das
von den Kanzeln befohlen
dabei den biblischen Kontext gestohlen
Man hat sie zum Gehorsam gezwungen
was leider wahrlich weithin gelungen

Das haben die Pfaffen so oft schon gemacht
den Schäflein die Dogmen untergebracht
Zusammenhanglos wurde indoktriniert
perfide auf falsche Wege geführt

Wem sollen wir denn gehorsam sein
Nun, doch wohl dem Schöpfer ganz allein
Vernünftige Regeln
für gemeinsames Leben
die soll und muss die Obrigkeit geben

Abgaben, Steuern und dergleichen
gerecht verteilt auf die Armen und Reichen
Rechtsprechung und Gerechtigkeit
für jedermann zu jeder Zeit

Doch all das and're zu akzeptieren
mit dem sie knechten
und schlimm verführen
das hat die Bibel niemals gelehrt
das ist verdreht und grundverkehrt

Nun, die da oben
haben scheinbar vergessen
voll Überheblichkeit und vermessen
dass wir, das Volk, der Souverän sind
Auf diesem Auge sind sie voll blind

Sie haben den Spieß einfach umgedreht
Eine böse Verdrehung von früh bis spät
Statt Diener des Souveräns zu sein
führen sie sich auf wie Götter in klein

Doch sind sie selber im Netz gefangen
wie Marionetten aufgehangen
von Lobby und finst'ren Mächten gekauft
mit Wasser der Selbstsucht
und Lüge getauft

Volk Gottes, mach deine Augen auf
mach doch nicht mit ihrem irren Lauf
Kehre um zum Schöpfer, zum Vater
Renn heraus aus dem Schmierentheater

Mach mit der Lüge endlich Schluss
dass man auch Irrsinn gehorsam sein muss
Niemals Gewalt gegen Obrigkeit
doch zu friedlichem Widerstand sei bereit

Gott gehorchen und nicht der Welt
Seinem Wort folgen und nicht dem Geld
Dann bist du auf den richtigen Wegen
und nur darauf liegt sein guter Segen

Der Autor war Diplom-Sportlehrer im Schuldienst und hat bereits mehrere eigene Lyrikbände herausgegeben. Er lebt mit seiner Familie im Westmünsterland.



Adieu, Gunnar!

Von Milosz Matuschek

Du zahltest den Preis des Ausgestossenwerdens, den viele kennen, doch du lebtest den Prozess auch noch öffentlich vor und durch: Diffamierung in Leitmedien, Aufgabe des Lehrerberufs, gecancelt von einer »liberalen« Stiftung. Unbeirrt machtest du weiter, du klammertest dich nicht ans Weltliche, die Welt des Geistes gab dir mehr. Damit machtest du unendlich vielen Leuten Mut.

Schnell wurde klar, die Cancel Culture war nur die Blaupause vor dem Corona-Theater, die Generalprobe. Du Gunnar, legtest mit deiner Arbeit schon früh die Schablone frei, die sich hinter dem medialen Propagandakrieg rund um Maßnahmen und Impfstoffe verbarg. Der Ursprung des Totalitarismus bei Hannah Arendt; die Medikalisierung des Lebens bei Illich; die Elemente der Technokratie bei Ellul…

Du beschriebst das Monströse, statt sich vor ihm zu verstecken. Du gabst dem Widerstand einen intellektuellen Resonanzboden, auch dank einer Traube von klugen Redakteur(innen), die du um dich schartest… Wir haben es uns nicht ausgesucht, aber wir waren plötzlich Waffenbrüder in einem seltsamen, ungleichen Informationskrieg. Ich habe in dieser Zeit einen echten »Unbrechbaren« kennengelernt. Jemanden, der aus einem geistigen Material gemacht ist, das nicht nachgibt. Wo Wort und Tat in engstem Verhältnis stehen. Wie viele Menschen können das von sich behaupten?

WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Unser Appell brachte viele Akteure des Widerstands, die davor verstreut und vereinzelt vor sich hinarbeiteten, näher zusammen. Wir waren plötzlich »die Vermittlung«. Die Wege wurden kürzer, der Widerstand formierte sich stärker heraus. Das war während Corona von unschätzbarem Wert. Dein Wirken, lieber Gunnar, und wer will das leugnen, brachte Menschen zusammen, eigentlich überall, wo du warst… Wo du warst, war Leben. Durch dich kreuzten sich Lebenslinien. Ich spreche aus persönlicher Erfahrung…

Die virtuelle Welt, die dich und dein Wirken immer umgeben hat, denn du wirktest über den Äther des Netzes, ist nun der Raum für dein Vermächtnis… Du hast mit deiner Arbeit kleine und größere Informationsquellen im Internet installiert, zwischen den Schützengräben der Zensoren und Hater und gegenüber einem oft ratlosen Mainstream. Diese Quellen sprudeln weiter und hoffentlich in alle Ewigkeit. Der deutsche Journalismus verliert ein verkanntes Juwel, ich persönlich einen seltenen Freund. (Diese Kondolenz sandte uns der Schweizer Journalist Milosz Matuschek, wir übernehmen sie hier dankend mit Kürzungen, wofür diesmal Sport mit Berthold entfällt. Wir bitten um Verständnis. Im Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Berlin erschien von Gunnar Kaiser (Hrsg.) »Wie konnte es nur so weit kommen?«

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihre lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

JOURNALISMUS IST, ZU DRUCKEN, WAS ANDERE NICHT GEDRUCKT HABEN WOLLEN. ALLES ANDERE IST PROPAGANDA. GEORGE ORWELL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*